

## **Alexander Charlamenko** **Der Kaukasus vor dem Hintergrund des „Instabilitätsbogens“**

Im Jahre 1990 verkündeten Abchasien und Südossetien ihre Unabhängigkeit von Georgien. 1991 erklärte sich Tschetschenien von Russland unabhängig. 1992-93 hatte Georgien versucht, Abchasien und Südossetien auf militärischem Wege zurückzuerobern, doch dabei eine Niederlage erlitten. Friedenserhaltende Funktionen übernahmen russische Truppen.

Zu Beginn des Jahres 2000 - nach zwei Kriegen - besetzten russische Truppen Tschetschenien und führten es in den Bestand der Russischen Föderation zurück. Im August 2008 versuchten georgische Truppen Südossetien einzunehmen, wurden aber von der russischen Armee zerschlagen. Ende August erkannte Russland die Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien an; seinem Beispiel folgte bisher nur Nicaragua.

Auf den ersten Blick, vor allem vom Ausland aus, erscheinen die Abchasien-Frage und die Südossetienfrage von gleicher Ordnung zu sein wie die Tschetschenien-Frage. Ein Schluss drängt sich auf: Die „Gerechtigkeit“ verlangt, entweder alle diese Gebiete anzuerkennen, oder aber keines und die territoriale Integrität der bestehenden Staaten innerhalb der Grenzen zu bewahren, die sie im Moment der Selbstbestimmung besaßen. Letzteres stellt die offizielle Linie der USA und der EU dar, mit einer einzigen, im Rahmen dieser Linie unlogischen Ausnahme – für Kosovo. Von dieser Position aus ertönt harte Kritik an Russland: Tschetschenien habe es nicht in die Unabhängigkeit entlassen wollen, Abchasien und Südossetien hingegen erkenne es an und unterstütze deren Abtrennung vom armen Georgien mit militärischer Stärke. Da bleibt nur übrig, dem „russischen Imperialismus“ eine deutliche Abfuhr zu erteilen – gemeinsam mit so führenden Antiimperialisten wie Bush und McCain – oder wenigstens eine Kommission in den Kaukasus zu entsenden, die zu klären hat, wer hier der Aggressor war und sodann eine salomonische Entscheidung zu fällen: Schuld tragen beide Seiten, doch hoch lebe die territoriale Integrität von Georgien.

Das ergibt ein einfaches und bequemes Schema. Aber lassen sich Geschichte und gegenwärtige Realität da hinein pressen? Und darf man, wie es heute üblich geworden ist, die Aufmerksamkeit auf diese Konflikte nur in dem Maße richten, wie sie von den monopolisierten Massenmedien gesteuert wird und dabei vergessen, was bislang noch im Verborgenen schwelt und auf seine Stunde wartet?

Vor dreißig Jahren etwa brachte Zbigniew Brzezinski den Ausdruck vom „Instabilitätsbogen“ in Umlauf.<sup>1</sup> Er meinte damit den riesigen Halbmond, der sich von Nordost-Afrika über den Nahen und Mittleren Osten bis zum Indischen Subkontinent erstreckt. Und in der Tat ereignete sich der größte Teil der bewaffneten Konflikte der letzten Jahrzehnte in den Ländern dieses Bogens und wird sich wohl auch künftig dort abspielen.

---

<sup>1</sup> In der Nationalen Militärstrategie des USA von 2004 wurde formuliert: "Es gibt einen Krisenbogen der Instabilität, der sich von der westlichen Hemisphäre durch Afrika und den Mittleren Osten bis nach Asien erstreckt. Dort gibt es Regionen die Brutstätten für die Gefährdung unserer Interessen sind." (zit. nach <http://imi-online.de/2004.php3?id=1023> - Anm. d. Übers. 2008)

## Woher kommt der „Bogen“?

Brzezinski hatte diesen Umstand seinerzeit mit der Wühl­tätigkeit Moskaus erklärt. Doch inzwischen ist sein Traum längst geplatzt, die UdSSR ist zerstört, und der „Bogen“ kühlt sich nicht nur nicht ab, sondern wird immer heißer, breitet sich aus, indem er sich im Westen in die Länder des Maghreb, im Norden nach Mittelasien, ins Balkangebiet und in den Kaukasus verzweigt, während er im Südosten auf eine andere Zone langwieriger Konflikte trifft und Tibet, eine Reihe indischer Regionen, Bangladesh, Sri Lanka, Birma, Laos und Kambodscha, einen Teil Indonesiens und den Süden der Philippinen erreicht.

Warum beobachten wir aber gerade in den Ländern des „Bogens“ nicht enden wollende separatistische und / oder religiös-fundamentalistische Bewegungen, die im Grenzbereich zwischen Politik und Banditentum agieren und sich selbst unbeirrbar als „nationale Befreiungsbewegungen“ bezeichnen?

In den letzten Jahren, vor allem nach dem 11. September 2001, ist es modern geworden, alles mit den Auswüchsen des islamischen Fundamentalismus zu erklären. Heutzutage werden Tschetschenien und wird der Kaukasus insgesamt vor allem im Westen mit dem Islam in Verbindung gebracht, und zwar in demselben Maße wie auch Albanien, Bosnien oder sogar Afghanistan. Kaum jemand weiß aber, dass der Islam seine Wurzeln erst vor relativ kurzer Zeit, zwischen dem 17. und 19. (!) Jh. in die Berge des Kaukasus, wie auch nach Albanien, Bosnien und selbst Afghanistan gesenkt hatte. Bis dahin waren die Gebirgsvölker im Grunde Heiden geblieben. Warum eigentlich sind sie nicht zu Zeiten des Propheten Mohammed oder der Kalifen von Bagdad zu Fanatikern des Islam geworden, sondern in der Epoche einer allgemeinen kulturellen Säkularisierung? Und warum verhalten sich Hinduisten und Buddhisten im südlichen Asien ganz ähnlich? Der Fundamentalismus erklärt hier gar nichts, er ist selbst erklärungsbedürftig. Eine schon ernster zu nehmende Ursache liegt im Kampf ums Erdöl. Doch reicht auch sie für eine Erklärung nicht aus, weil sie keine Gründe für den Einfluss der einen oder anderen Erdöl-Lobby auf die Massen enthält und nicht die spezifische Gestalt begründet, die deren Handlungsergebnisse annehmen.

Die radikalen Liberalen (die so genannten Demokraten) betonen im Bunde mit den sich an sie anlehrenden linksextremen R-revolutionären die Kränkungen, die den Völkern durch undemokratische Regimes, vor allem durch die russische Autokratie und den Stalinismus, zugefügt wurden und bestehen auf dem vollständigen und absoluten Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Wie aber soll man es dort halten, wo von der Existenz einer Nation an sich nicht zweifelsfrei die Rede sein kann?

**All diese Konstrukte teilen einen gemeinsamen methodologischen Mangel: globale und lokale, zeitgenössische und historische Konfliktursachen werden isoliert voneinander betrachtet und höchstens in einen äußerlichen Zusammenhang gebracht.**

**Die Menschheitsgeschichte aber ist Genesis eines *Ganzen* in Raum und Zeit.**

Einer der Aspekte dieser Ganzheitlichkeit besteht darin, dass es seit dem tiefsten Altertum Wechselwirkungen zwischen Völkern gibt, obwohl natürlich Ausmaß und Intensität ihrer wechselseitigen Beeinflussung von Epoche zu Epoche verschieden sind. Ein anderer Aspekt liegt darin, dass nicht eine einzige der von der Menschheit durchschrittenen Entwicklungsetappen spurlos in der darauf folgenden aufgegangen ist; alle sind in untergeordneter und mehr oder weniger dialektisch „aufgehobener“ Form erhalten geblieben. Das betrifft nicht nur die Verhältnisse zwischen den Menschen,

sondern auch ihre Verhältnisse zur Natur, und die Entwicklung aller dieser Verhältnisse bestimmt in letzter Instanz den gesamten Geschichtsprozess.

Betrachtet man aufmerksam die Landkarte, wird man unschwer bemerken, dass sich der „Instabilitätsbogen“ entlang der wichtigsten Gebirgsketten Eurasiens und Nordafrikas erstreckt. Daraus erklärt sich der Reichtum der Länder dieses „Bogens“ an Erdöl und Erdgas, die unterhalb der Erdkruste entlang der Gebirge lagern. Jede Epoche zieht nun aber ihren ganz spezifischen Kreis von Naturressourcen für das Feld der menschlichen Tätigkeit heran. Es gab eine Zeit, als die Gebirge des subtropischen und tropischen Erdgürtels selbst die wichtigste Rolle für die Entwicklung der Menschheit spielten, wo die Breitengrade eine wesentlich geringere Rolle spielt als die Höhenlage und die verschiedenen Natur- und Klimazonen nur wenige Kilometer voneinander entfernt verlaufen, während die Gebirgstäler natürliche Isolatoren mit eigener, vielfach endemischer Flora und Fauna darstellen. All dem nach zu urteilen, zeichnete sich die organische Gebirgsnatur durch größte genetische Vielfalt aus. Andererseits gab es hier geringere Möglichkeiten für extensives Jagen und Sammeln als in den Ebenen. Gerade die Gebirge wurden vor etwa 10 000 Jahren zur Heimat der produzierenden Wirtschaftsweise – von Ackerbau und Viehzucht. Eben hier entstanden die Handwerke, darunter die Kupfer- und Bronzemetallurgie, indem mit der Förderung der Erzvorkommen der Gebirge begonnen wurde. Hier liegt die Wiege der meisten Völker und Sprachen der darauf folgenden Epoche. Diese nahm ihren Ausgang jedoch schon nicht mehr vom Gebirge. Zur wichtigsten Ressource wurde nunmehr der fruchtbare Boden der Flusstäler, und dort wurden vor 5000-6000 Jahren die Stammesverhältnisse erstmals durch Verhältnisse einer Protoklassengesellschaft abgelöst. In den Bergen hingegen verlief die geschichtliche Entwicklung auf anderem Wege. Die Ursache dafür lag nicht nur in den weniger fruchtbaren Böden, die kein größeres Mehrprodukt zuließen, sondern auch in der Möglichkeit, im Rahmen eines Tals oder mehrerer benachbarter Täler die Ernte verschiedener klimatischer Zonen einzubringen und das Vieh von den Sommerweiden auf die Winterweiden zu treiben. Daher bedurften die Bergbewohner lange Zeit kaum eines Warentausches, und es gab auch zu geringe Überschüsse dafür. Eine solche Form der Beziehungen der Menschen zur Natur determinierte die besondere Stabilität - wenn nicht noch der Gentilordnung, so doch von Gemeindestrukturen. Eine Vereinigung von Berggemeinden war keineswegs überall möglich und oft nur in Form einer *Protoklassen*-Hierarchie: Zwischen den Gemeinden gab es Arbeitsteilung, das Oberhaupt der herrschenden Gemeinde wurde als König tituliert, doch auch die unterworfenen Gemeinden bewahrten ihre Selbstverwaltung und Bräuche; eine Vereinigung hielt nur so lange, wie sie die gemeinsamen Interessen vertrat. Versuche, eine so geartete Hierarchie in die tatsächliche Herrschaft einer Ausbeuterklasse zu verwandeln, riefen den entschiedenen Widerstand der Gemeinden hervor.

Den Völkern des Flachlandes bescherte das Leben in einem großen Staat nicht nur Nachteile, sondern auch einige Vorteile: Beilegung innerer Zwietracht, Erleichterung des Tauschhandels, Schutz vor Überfällen etc., den Bergvölker hingegen nur die gewaltsame Zerstörung ihrer Stammesordnung und aller vorväterlichen Sitten und Bräuche, nicht zuletzt der Gewohnheit, Überfälle auf das Flachland zu verüben und mit der Beute die nicht allzu üppigen Gaben der Gebirgsfluren und Weiden aufzufüllen. Daher leisteten die Bergbewohner jeglichen Eroberern erbitterten Widerstand. In den Gebirgsschluchten schaffte es mitunter ein Häuflein kühner Kämpfer, ein ganzes Heer zu

stoppen und aufzureiben. Es verwundert nicht, dass die Bergbewohner sowohl im Altertum, als auch im Mittelalter fast niemals endgültig bezwungen wurden, ob es sich nun um die Vorfahren der Basken oder Albaner, der Slawen oder Rumänen vom Balkan, der Kurden oder Thai, der Berber oder Tibeter, der Völker des Hindukusch oder des Kaukasus handelte. Auch Stämme, die in der Ebene besiegt wurden, sich aber dem Feind nicht unterwerfen wollten, siedelten sich in den Bergen an, die sich mit der Zeit gleichsam in ein „ethnografisches Freilichtmuseum“ verwandelten.

Mit zunehmender Arbeitsteilung zwischen den Ackerbau treibenden und den Vieh haltenden Völkern des Flachlandes, zwischen den Völkern mit Handelsstraßen auf dem Land und den Seevölkern, wurden die Gebirgländer bestenfalls zu Rohstoffquellen (z.B. für Mineralien, Holz u.a.), schlimmstenfalls eine schwer überwindbare Barriere auf den Wegen zu den Nachbarn, die jenseits der Berge lebten. Seit dem Ausgang der Antike, als der Handel zwischen dem Mittelmeer und den Ländern Süd- und Ostasiens einsetzte, fanden sich die Gebirgsketten des „Bogens“ zwischen zwei dieser Handelsrouten wieder. Eine verlief nördlich der Gebirge, durch die Große Steppe, die andere südlicher, durch das Mittelmeer und den Indischen Ozean.

In den Ländern des subtropischen Gürtels bildete sich bereits im Mittelalter ein mächtiges Handels- und Wucherkapital heraus, das Profit aus dem Unterschied der Preise für ein und dieselben Waren in weit voneinander entfernten Regionen gezogen hatte. Zwischenhandel wurde am bequemsten innerhalb der Grenzen von großen Reichen, also Imperien, betrieben, die verschiedene Länder unter einer Herrschaft vereinten, aber mit keinem von ihnen organisch zusammenhingen. Solche Imperien entstanden auch über die gesamte Ausdehnung des subtropischen Gürtels hin – von Spanien bis nach China. Die aktivste Rolle bei ihrer Errichtung spielten die Nomaden, die von alters her am Zwischenhandel interessiert waren, und als diesen Bedingungen adäquateste Religion stellte sich der Islam heraus. Vertreter anderer Konfessionen, z.B. die Kreuzfahrer, traten im Kampf um Handelswege als Träger derselben imperialen Tendenz in Erscheinung.

In Ländern, wo die Wirtschaft zu Beginn des Mittelalters vorwiegend naturalwirtschaftlich verfasst war, entfalteten sich Arbeitsteilung, Handel und Staatlichkeit in erster Linie im Rahmen einer Völkerschaft. Diese Tendenz, die der imperialen entgegengesetzt war, bereitete der Bildung von Nationalstaaten den Boden. Im Westen und im Fernen Osten herrschte sie in den Ländern der gemäßigten Zone vor, im gesamten übrigen Osten – bei den Völkern der Gebirgländer (Transkaukasien, Äthiopiens, des Südens von Mittelasien, des Himalaja, Indochinas u.a.). In beiden Fällen konnten sich einige Völkerschaften nur durch erbitterten Kampf gegen ein Imperium zur Nation entwickeln (das betrifft die Almoraviden und Almohaden, die Seldschuken, Dschingisiden, Osmanen, Kreuzfahrer u.a.). Dieser Kampf verlief in der Form von jeweils eigenständigen Volksbewegungen, die die bewaffnete Selbstverteidigung mit dem militärisch-kolonisatorischen Vorrücken in neue Ländereien verknüpften. Die bekannteste von diesen Bewegungen ist die Reconquista, die auf der Iberischen Halbinsel ausbrach. Sie blieb aber keineswegs allein. Man kann von mindestens einem Dutzend Reconquistas zwischen dem 11. und 15. Jh. ausgehen. Bei den meisten davon handelte es sich um eine Sache der Gebirgsvölker, bei denen die Landknappheit die Kolonisierung des Flachlandes zu einer Lebensnotwendigkeit machte. Doch fast überall wurde der Kampf gegen die Imperien, die über unvergleichlich größere Ressourcen verfügten, zum Misserfolg für die Gebirgsvölker (auf dem Balkan, in Transkaukasien, in

Äthiopien, Mittelasien u.a.). Sie erwiesen sich letztlich als umzingelt und abgeschlossen in ihren abgelegenen Tälern und der Möglichkeit zur nationalen Entwicklung beraubt. **Der ganze „Instabilitätsbogen“ bildet einen riesigen Friedhof von fehlgeschlagenen Reconquistas.**

Schon der russische Historiker T.N. Granovski machte im 19. Jh. darauf aufmerksam, dass nicht nur der christliche Westen, sondern auch der muslimische, hinduistische und buddhistische Osten praktisch gleichzeitig, zu Beginn des 16. Jh., von einer Welle religiös-politischer Reformen erfasst wurde. In jener Zeit entstanden das moderne Schiitentum, der Sikhismus und andere Strömungen, die ähnlich dem christlichen Protestantismus auf den persönlichen Glauben und die weltliche Berufung des Gläubigen orientiert waren. Doch wo es Reformation gibt, kommt es unvermeidlich auch zur Gegenreformation. Die katholischen Mönchsorden hatten Kollegen im Osten. Bei den Buddhisten waren es die Lamaisten, die es vermochten, im 16. und 17. Jh. an Stelle der weltlichen Macht im Tibet und in der Mongolei eine Theokratie zu installieren, und bei den Muslimen – vor allem die Derwisch-Tariqas (*arab. tariq – der Weg*). Zum 16. Jh. hin waren die Tariqas in den am meisten entwickelten Ländern, z.B. in Mittelasien, bereits mächtige Korporationen, die nicht nur Armeen von Bettelorden beinhalteten, sondern auch ganze Dynastien ungekrönter Herrscher. Es gab im Osten nichts, was dem Reichtum an Ländereien und Geld den Tariqas gleichkam. Unter ihnen gab es berühmte Dichter und Begründer von Imperien. Die Tariqas führten eine breite Missionstätigkeit in Zentralasien, in Afrika und im Kaukasus durch, wo sie die Stelle der geschwächten weltlichen Macht einnahmen. Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, dass die gegenreformatorischen Kräfte aller Konfessionen Unterstützung bei den Bergvölkern fanden. Das ist auch nicht verwunderlich. **Die Entwicklung der Tauschwirtschaft und später der kapitalistischen Verhältnisse, die so oder anders die reformatorischen Strömungen widerspiegeln, untergruben unweigerlich die Gemeindeordnungen. Dieser Prozess, der schon für die Bewohner des Flachlandes schwer war, bedeutete für die Bergbewohner eine Katastrophe.** Oftmals konnte bei ohnehin verschärfter Landknappheit die überzählige Bevölkerung nirgendwohin mehr ausweichen, außer in die Klöster oder in den Krieg. Und so ähnlich, wie die österreichischen Habsburger im katholischen Kroatien Landsknechte anwarben, füllte das Osmanische Reich seine Truppen immer aktiver mit den zum Islam bekehrten Bosniern, Albanern und Georgiern auf. Die für die Bergvölker traditionellen Überfälle auf die benachbarten Bewohner des Flachlandes oder auf einander verwandelten sich unter diesen Bedingungen in Jahrhunderte währende Zwietracht zwischen Kroaten und Serben, Serben und Albanern, Georgiern und Abchasen, Armeniern und Kurden usw.. All diese Konflikte wurden sowohl vom Osmanischen Reich, als auch von den westeuropäischen Mächten angeheizt und instrumentalisiert, die leider nicht nur einmal kleine Völker zu Aufständen anstachelten, die damit die Rolle einer Weichselmünze ihrer Politik zu spielen hatten.

### **„Ein Gebirge der Sprachen“**

Der Kaukasus bildet eine geographische und historische Wegkreuzung zwischen dem Mittelmeer und Asien, zwischen der eurasischen Steppe und dem Nahen Osten – schon im Mittelalter bezeichnete man ihn als „Gebirge der Sprachen“. Dutzende von Völkern leben hier auf verstreut liegendem Ackerland oder nach dem Prinzip der „vertikalen Etagenordnung“. Südlich des Großen Kaukasus, in den Ebenen mit

subtropischem Klima, entstanden noch in der Antike Klassengesellschaften, Schriftkulturen und Staaten: Armenia, Iberia (das spätere Georgien) und das kaukasische Albania (das heutige Aserbaidshan). Ebenfalls in der Antike bildeten sich drei ethnische Gruppen heraus, an den wichtigsten Pässen durch den Großen Kaukasus, entlang des Kaspischen und des Schwarzen Meeres und im Terek-Tal. Der Ostkaukasus wurde Heimat der Lesgier, Awaren und vieler anderer Völker Dagestans (die „Bergländer“), sowie auch der Wajnachen (Tschetschenen und Inguschen); einige Historiker halten diese Völker für Verwandte der Kutier, Kassiten und Churriter, die im 3.-1. Jahrtausend v. Chr. nach Mesopotamien und Kleinasien vorgedrungen waren. Den Westkaukasus besiedelten die Nachfahren der Hattier, der ältesten Bevölkerung Kleinasiens, der die Menschheit den Beginn der Eisenzeit verdankt, die Vorfahren der Abchasen, Adyger und Abasinen. Im Vorgebirge des Zentralkaukasus siedelten die iransprachigen Alanen – die Nachfahren der Skythen und kaukasischen Stämme der Bronzezeit, die Vorfahren der Osseten. Bereits im Mittelalter fanden turksprachige Völker, die durch nachrückende Steppennomaden verdrängt wurden, eine neue Heimat im Kaukasus: die Balkaren und Karatschaier im Westen, die Kumyken und Nogaier im Osten. Von alters her lebten hier auch Slawen: Im 10.-12. Jh. existierte auf der Halbinsel Taman ein russisches Fürstentum Tmutorokan. Zwischen dem Staat Alanien und der Kiever Rus' wurden enge Beziehungen unterhalten und dynastische Ehen geschlossen. Alexander Newski war der Enkel einer alanischen Fürstentochter.

Die Kaukasusvölker des Mittelalters lebten hauptsächlich im Gebirgsvorland, führten eine Mehrsektorenwirtschaft, besaßen eigene Städte und ziemlich ausgedehnte Staaten. Offizielle Religion war fast überall das Christentum, doch die meisten Bergbewohner waren Heiden geblieben.

Die Kreuzung der Handelswege lockte beständig Eroberer an. Im 8. Jh. gelang es Arabern Georgien und ganz Transkaukasien zu erobern und in Dagestan einzudringen, sie wurden dann jedoch vom Abchasischen bzw. Alanischen Reich aufgehalten. Die Abchasen begannen den Arabern Georgien wieder abzunehmen und schufen im Verlaufe einer transkaukasischen Reconquista ein Abchasisch-Georgisches Reich. Im 11. Jh. fegte der Einfall der türkischen Seldschuken zwei von drei der südkaukasischen Staaten hinweg. Die Bevölkerung des kaukasischen Albania wurde zum Islam bekehrt und, mit Ausnahme der iransprachigen Talyschier im Süden, an die Türken assimiliert, womit der Grundstein einer aserbaidshanischen Völkerschaft gelegt wurde. Die Armenier bewahrten Sprache und Glauben, verloren jedoch ihre Staatlichkeit. Georgien wurde den Seldschuken mit Hilfe der Alaner wieder abgenommen; die georgische Königin Tamara war mit dem alanischen Fürsten David Soslani verheiratet.

Im 13. Jh. leisteten Georgien, Aserbaidshan, die Staaten der Alanen, Lesgier, Wajnachen den Dschingisiden erbitterten Widerstand, doch die Kräfte waren ungleich verteilt. Der Kaukasus hatte es kaum geschafft seine Wunden zu lecken, als die Heerscharen Timur Lenks bei den meisten der Staaten keinen Stein mehr auf dem anderen beließen. Das letzte starke adygeische Fürstentum im Nordkaukasus, Kabarda, wurde im 16. Jh. durch Krim-Khans zerschlagen. Armenien wurde zwischen Osmanen und Persern aufgeteilt; nur in den Bergen des Arzach, türkisch Karabach, blieben kleine armenische Fürstentümer erhalten. Die aserbaidhanischen Khans wurden zu Schah-an-Schahs ernannt. Georgien zerfiel in Besitzfürstentümer und drei Königreiche, von denen jedes kleiner war als ein durchschnittliches deutsches Fürstentum, - Vasallen und Tributpflichtige des Schah-an-Schahs oder des Sultans; der Südwesten (Adsharien und Meschetien) wurde unmittelbar an das Osmanische Reich angeschlossen, islamisiert und teilweise turkisiert.

Einer eigenständigen Entwicklung der Kaukasusvölker ungünstig waren nicht nur die internationalen, sondern auch die sozialökonomischen Bedingungen. Die Fürsten und Adeligen von Georgien und Kabarda, die Khans und Begs von Aserbaidhan drängten ähnlich wie die Magnaten Mittel- und Südosteuropas in den Zwischenhandel und machten die Bauern zu Leibeigenen. Sie waren nicht an einer starken Macht von Herrschern interessiert, die sich auf freie Bauern und Handwerker stützte. Vom 16. bis 18. Jh. brachten die osmanischen und persischen Eroberer zusammen mit dem Adel die Bauern unter ihre Gewalt und verheizten sie im Kampf um die Unabhängigkeit. Von dieser Zeit an wurde der nationale Verrat zwecks sozialer Herrschaft zu einer festen Tradition der Ausbeuterklassen von Transkaukasien.

Viele Völkerschaften des Nordkaukasus wurden in Bergschluchten abgedrängt, wo sie gezwungen waren, hauptsächlich von Weideviehhaltung zu leben und sich über Jahrhunderte hinweg gegenseitig Fleckchen der Gebirgsweiden abzujagen; ihre Staaten verschwanden, indem sie ihren Platz an eine Vielzahl von sich selbst verwaltender Dorfgemeinden abtraten. Ein trauriger Witz besagt, dass im Kaukasus der Besitzer eines Hammels als Adelige gelte, der Besitzer von zehn Hammeln aber bereits als Fürst, und das war nicht so weit von der Realität entfernt. In vielen Bezirken war die Haupteinnahmequelle solcher Adelige und Fürsten die Beschaffung von Lebendware für die türkischen und persischen Sklavenhändler.

Seit dem 16.-17. Jh. begannen die muslimischen Tariqas die Bergbewohner nicht nur durch das gepredigte Wort zu bekehren, sondern auch mit Feuer und Schwert. Über den Kaukasusvölkern, besonders den christlichen (Armeniern, Georgiern und Osseten) schwebte die Gefahr des Genozids.

### **Der Kaukasus und das Russische Reich**

Im 16. Jh. war der russische Staat, hervorgegangen aus dem Moskauer Fürstentum, zum unmittelbaren Nachbarn des Kaukasus geworden. Am rechten Terek-Ufer wurden die ersten Kosaken-Gemeinden gegründet – Vorposten der ackerbaulichen Kolonisation der Steppe. Im Verlaufe von drei Jahrhunderten (vom 16.-18. Jh.) musste Russland fast unaufhörlich Kriege um den Durchbruch der „östlichen Barriere“ führen, die aus schwedischen, polnischen und osmanischen Besitzungen bestand und die es von den Welthandelswegen abschnitt. Diese Kriege konnten die südöstliche Flanke dieser „Barriere“, den Kaukasus, nicht unberührt lassen. Für einen Teil der Adyger, Wajnachen, der Völker Dagestans, die die Kosakendörfer zum Objekt ihrer Übergriffe erkoren hatten, wurde Russlands Feind, das Osmanische Reich, zum Verbündeten. Für andere Völker war ein Bündnis mit Russland die einzige Hoffnung auf Rettung vor dem Genozid. Bereits im 16. Jh. hatten georgische Könige und Fürsten von Kabarda den Moskauer Zaren gebeten, sie unter seinen Schutz zu stellen. 1774 unterstellten sich die ossetischen Gemeinden und die Kabarda der russischen Herrschaft. Im Vorgebirge entstanden die Festungen Wladikawkas, Grosny und Georgijewsk. Russischen Truppen wurde auch der Weg nach Transkaukasien geöffnet. 1783 unterzeichnete Erekle II., König von Ostgeorgien, in Georgijewsk einen Schutzvertrag mit Russland. 1801 wurde Ostgeorgien in den Bestand des Russischen Reiches aufgenommen. Nach einer Reihe von Kriegen gegen das Osmanische Reich und Persien unterstellten sich auch Westgeorgien, Ostarmenien und das nördliche Aserbaidshan der Herrschaft Russlands. Der westliche,

größere Teil Armeniens und der Südwesten Georgiens blieben unter dem osmanischen Joch, das südliche Aserbaidshan unter der Herrschaft der Schah-an-Schahs.

Eine dauerhafte Kontrolle über Transkaukasien konnte Russland nur ausüben, wenn es den Großen Kaukasus in Besitz nahm und mit dem Eigenwillen der Bergbewohner brach. Das zu erreichen erwies sich als sehr schwierig. Die Tariqas erklärten den Russen den Heiligen Krieg. In den Bergen Dagestans und Tschetscheniens wurde unter dem Imam Schamil ein Gottesstaat errichtet. Erst 1859 gelang es russischen Truppen, Schamil gefangen zu nehmen und 1864 den Widerstand der westlichen Adyger zu brechen.

**Der Kaukasus-Krieg brachte in liberalen und linken Kreisen Europas ein stereotypes Wahrnehmungsmuster hervor: Kleine freiheitsliebende Völker kämpfen aufopferungsvoll gegen die zaristische Despotie. Die Realität sah um einiges komplizierter aus.** Natürlich konnte es sein, dass die Bewohner eines abgelegenen Auls nur ihre eigene Gemeinde im Blick hatten, die, wie schon vor hundert und auch vor dreihundert Jahren, von Feinden angegriffen wurde. Ihnen blieb der transnationale Zusammenhang verborgen, der die möglichen Ergebnisse ihres Kampfes bestimmte. Ein Kampf um Unabhängigkeit, der sich auf Hilfe des Osmanischen Reiches verlässt, das einige vom ihm unterworfenen Völker unterdrückte oder gar ausrottete und dem selbst der Untergang bevorstand, hätte natürlich schon an sich die Historiker aufmerken lassen müssen. Außerdem war das Osmanische Reich im 19. Jh. seinerseits selbst Anhängsel eines anderen Weltreiches – des Britischen. Unter aktiver Beteiligung der Politiker von den Gestaden Albions entstand das Trugbild vom „unabhängigen Tscherkessien“, das in der Praxis in den Export von Millionen „Tscherkessen“, d.h. der meisten Adyger und Abassinen sowie einer bedeutenden Zahl von Abchasen und Tschetschenen, in die Türkei und in den Nahen Osten umschlug. Dort kamen sie zum Teil vor Hunger oder infolge von Krankheiten ums Leben, zum Teil wurden sie in das militärisch-polizeiliche Werkzeug der Völkermordpolitik des Sultans verwandelt. **Dieses kleine Beispiel einer imperialen Taktik des „Teile und herrsche!“ demonstriert anschaulich den wahren Preis einer „Unabhängigkeit“, die sich auf die Hilfe von Kolonialherren stützt. Für den Historiker sollte das eine Warnung vor allzu eifertigen Urteilen in der Frage nach dem gerechten oder ungerechten Charakter dieses oder jenen Krieges sein. Diese Frage kann prinzipiell nicht richtig gelöst werden, wenn man sich lediglich von der Überlegung leiten lässt, wer wen angegriffen und wer wen besiegt hat, ohne die objektive internationale Lage der kämpfenden Seiten zu berücksichtigen.**

Die Situation in den Kaukasusbergen selbst war nicht weniger kompliziert. Niemals hat es so etwas wie eine Einheit aller Bergvölker oder aller Muslime im Kampf gegen Russland gegeben. Schamil und andere Anführer der Tariqas bekämpften nicht nur den russischen, sondern auch den traditionellen Bergadel, mitunter aber auch ganze Völkerschaften. Ihre religiöse Autorität und weltliche Macht mussten sie häufig mit handfestem Terror sichern, bei dem Aufstände grausam niedergeschlagen wurden. Die Gemeinden der Adyger und Wajnachen, die in den „heiligen Krieg“ verwickelt wurden, haben sich sogar ethnisch von ihren Stammesgenossen abgesondert, die die traditionelle Ordnung beibehielten: die westlichen Adyger von den Kabardinern, die Tschetschenen von den Inguschen.

Im Verlaufe des Kaukasus-Krieges brachen nicht nur zwischenethnische, sondern auch Klassenwidersprüche auf. Beispielsweise traten Statthalter des Reiches Strafexpeditionen gegen Osseten los, die sich Russland gegenüber loyal verhielten, aber ihre Ländereien nicht georgischen Fürsten abtreten und ihnen Tribut entrichten wollten. Und einige

georgische Fürsten, die mit der Abschaffung der Leibeigenschaft unzufrieden waren, entfesselten während der russisch-türkischen Kriege Aufstände und riefen dazu türkische Truppen zu Hilfe.

Die Angliederung des Kaukasus an Russland hatte widersprüchliche Folgen. Die Abschaffung von Sklaverei und Sklavenhandel, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Beseitigung der Theokratie eröffneten den Völkern einerseits Wege zu einer Modernisierung. Russische Siedler brachten eine fortgeschrittenere Wirtschaft und Kultur in den Kaukasus. Doch lastete die Autokratie andererseits auch schwer auf ihm. Viele Ländereien wurden den Bergbewohnern zu Gunsten der Kosakendörfer abgenommen, vor allem den Inguschen, Tschetschenen und dem Volk von Dagestan. Die Adyger stellte man überhaupt vor die Wahl, entweder ihr Land den Kosaken abzutreten und selbst umzusiedeln, wohin man gerade befahl, oder in den Besitz des Sultans zu wechseln. In Georgien versuchte die zaristische Bürokratie sogar das Erlernen der georgischen Sprache zu verbieten.

Trotz alledem bedeutete die Angliederung an Russland die einzige Alternative zu einer noch härteren Unterdrückung und zum Genozid unter Bedingungen, da das Osmanische und das Persische Reich zu Vermittlern der kolonialen Aufteilung der Welt zwischen den westeuropäischen Metropolen mutierten, was ihnen die Möglichkeit bot, ganze Völker zu unterdrücken oder sogar auszurotten.

Die Herrschaft Russlands im Kaukasus als Kolonialismus zu bezeichnen, lässt sich nicht wirklich begründen. Es gab im Russischen Reich keinerlei genaue Grenze zwischen der Metropole und den von ihr eroberten Ländereien, wie es typisch war für eine beliebige Kolonialmacht. Die Autokratie trachtete danach, bei der Angliederung neuer Ländereien den lokalen Adel nicht zu vernichten, sondern ihn in die herrschende Elite des Zarenreiches zu integrieren. (Beispielsweise wurde der Sohn von Schamil, dem Anführer der Bergvölker, im Pagenkorpus, der prestigeträchtigsten Militärschule Russlands, ausgebildet). Und in den meisten Fällen ging der Bergadel auf solche Abmachungen ein. Die arbeitenden Menschen von beliebiger Nationalität, darunter auch der russischen, litten gleichermaßen unter Ausbeutung und Unterdrückung, und das schuf die Möglichkeit ihrer Vereinigung im Kampf um die Befreiung.

### **Revolution und Konterrevolution: Die kaukasische Variante**

Zum Ende des 19. Jh. hin tauchten im Kaukasus Zentren kapitalistischer Großindustrie auf. Baku und Grosny wurden zu den weltweit ersten Gebieten zur Förderung des neuen strategischen Rohstoffes Erdöl, Georgien und Armenien – für Kupfer und Mangan. Den Kaukasus durchkreuzten Eisenbahnlinien, an den Meeresküsten wurden mächtige Häfen errichtet. Hier arbeiteten Arbeiter und Fachleute – Russen, Armenier, Georgier, Osseten, Aserbaidshaner u.a. – zusammen. Hier entwickelte sich eine Massenbasis der revolutionären Sozialdemokratie. Ihr wachsender Einfluss im Kaukasus wurde dadurch begünstigt, dass die bolschewistische Partei das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung vorbehaltlos anerkannt hatten.

Die Entwicklung des Kapitalismus erschwerte die Ausbeutung des Dorfes. Die Gutsbesitzer bemächtigten sich des Gemeindelandes, erhöhten willkürlich die Abgaben, ihre Söldner terrorisierten unerwünschte Personen. Die Bauern von Ossetien, Kabarda, Westgeorgien sahen sich gezwungen, Freiheit und Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. In den Gebieten mit der größten Bodenknappheit, z.B. in Südossetien, mussten viele in Städte übersiedeln. Es reiften Bedingungen für ein festes Bündnis von

arbeitenden Menschen in Stadt und Land heran. Bis zum Jahre 1917 waren bolschewistische Organisationen bereits in allen Industriezentren und vielen landwirtschaftlichen Gebieten des Nord- und Südkaukasus aktiv. Die Zentren der Großindustrie waren jedoch im Kaukasus Enklaven, die nicht nur mit dem lokalen Markt, sondern mit dem gesamtrossischen und dem Weltmarkt in Verbindung standen. Sie waren außerdem von einer Unmenge von Kleinproduzenten umgeben. Die Herausbildung von Nationen hatte noch längst keinen Abschluss gefunden, selbst die russische war da keine Ausnahme: Die Kosaken hielten sich für eine eigene Ethnie und blickten auf die Zuwanderer „aus Russland“ wie auf Fremdlinge herab. Soziale Unterschiede waren oftmals mit ethnischen und religiösen verwoben. In den Bergen von Aserbaidshan und Georgien gab es ein starkes armenisches Kapital. Unmittelbare Ausbeuter der armenischen Bauern wiederum waren aserbaidshanische Khans und Begs. Die Bergbewohner des Nordkaukasus träumten von der Rückgabe ihrer einst von Kosaken besetzten Ländereien. Uralte Konflikte und Kränkungen hatten die Karatschaier und Balkaren von den Adygern, die Osseten von den Inguschen entfremdet. Für einen rückständigen Bauern und sogar Arbeiter, gar nicht zu sprechen von den vielzähligen Kleinbürgern und Mittelständlern, war der Nachbar anderer Nationalität im besten Fall nur ein Fremder, im schlimmsten – der Feind. Dazu kam noch die auf Zeiten der Stammesgesellschaften zurückgehende Tradition der Blutrache und die jahrhundertealte Gewohnheit, beliebige Konflikte mit Waffengewalt auszutragen. Aus all diesen Gründen nahmen kleinbürgerliche Interessen und Anschauungen, die über eine breitere Basis als die proletarischen verfügten, oftmals die besonders reaktionäre Gestalt des nationalen Chauvinismus an, gespickt mit religiösen Hass.

Zu Beginn des 20. Jh. entstanden in Transkaukasien nationalistische Parteien: in Armenien die Daschnakzutjun („Einigkeit“) und in Aserbaidshan die Musawat –Partei („Gleichheit“); in Georgien wurde der menschewistische Flügel der Sozialdemokratie zum Träger einer ähnlichen Ideologie. Nationalisten säten Feindschaft zwischen den Völkern, die sich bis zu Pogromen steigerte, und fanden dabei gelegentlich eine gemeinsame Sprache im Kampf gegen den proletarischen Internationalismus.

Im Oktober 1917 weigerten sich Musawat-Leute, Daschnaki und georgische Menschewiki die Sowjetmacht anzuerkennen. Es gelang ihnen, deren Errichtung in ganz Transkaukasien zu verhindern – ausgenommen in Baku. Die damaligen Nationalisten erkannten, wie auch die heutigen, das Selbstbestimmungsrecht stets nur für sich selbst an, nicht aber für andere: Die georgischen Menschewiki annektierten gewaltsam, gegen den deutlich artikulierten Willen der Völker, Abchasien, Südossetien, Adsharien; die Musawat-Leute – die Ländereien von Armeniern, Kurden, Talyschen und Lesgyern. Die georgischen „demokratischen Sozialisten“ und die Kämpfer für ein „Groß-Armenien“ verkündeten im Bunde mit den jahrhundertelangen Feinden ihrer Völker, mit den muslimischen Khans und Begs, eine „Demokratische Föderative Republik“. Gemeinsam unterdrückten sie das rote Baku, gemeinsam lehnten sie den Brester Frieden ab und lenkten damit die deutsch-türkische Intervention auf den Kaukasus. Als die Intervention im Mai 1918 zur Tatsache wurde, begannen sich die Musawat-Leute nach Istanbul zu orientieren, die georgischen Menschewiki und Daschnaki aber nach Berlin. Die Föderation brach auseinander und drei „souveräne“ Staaten unterschrieben Knebelverträge mit den Interventen, die um vieles ungünstiger ausfielen als der Brester Vertrag: Genau diese Daten aber werden im heutigen Transkaukasien als Tage der Unabhängigkeit gefeiert.

Im Nordkaukasus mit seiner ethnisch verstreuten Bevölkerung gab es keine starken nationalistischen Parteien. Erst im Mai 1917, vor der unmittelbaren Gefahr einer proletarischen Revolution, gründeten der Kумыкы-Fürst Kaplanow, der tschetschenische Erdölunternehmer Tschermojew, der Pferdezüchter Kozew aus Kabarda, der zaristische Beamte und Ingusche Dshabagijew und andere die „Union der vereinigten Bergbewohner des Kaukasus“. Im November 1917 proklamierten sie in Wladikawkas eine „Bergrepublik“ und versuchten sich zusammen mit einigen Kosakengebieten von Sowjetrussland zu trennen. Doch bereits am 3. März 1918 rief ein Kongress der Völker vom Terek-Fluss eine Sowjetische Terek-Republik aus und erklärte sie am darauf folgenden Tag zum untrennbaren Bestandteil von Sowjetrussland. In die Regierung gelangten Vertreter einiger Linksparteien und Parteilose, ihr Vorsitzender wurde der Bolschewik S.G. Buatschidse. Die Führer der „Bergrepublik“ flohen ins menschewistische Georgien.

Die Revolution eröffnete dem Kaukasus einen qualitativ neuen Weg zur Lösung seiner sozialen und nationalen Probleme. Das Privateigentum an Grund und Boden, Wald und Bodenschätzen wurde abgeschafft, das Erdöl und die Industriebetriebe wurden verstaatlicht. Die Bergbewohner bekamen ihre unter dem Zarismus abgenommenen Ländereien wieder zurück, den Kosaken wies man dafür andere zu. Die Republik, die infolge weißgardistischer Aufstände fast gänzlich vom Zentrum Sowjetrusslands abgetrennt wurde, hielt sich etwa ein Jahr lang. Ihre Führer (nach dem Tod von Buatschidse wurde das Sergo Ordshonikidse) vollbrachten beinahe Unmögliches und schlossen die Bevölkerung in einem durch nationalen Hader vergifteten Gebiet gegen ihre Unterdrücker zusammen. Die Erdölarbeiter aus Grosny und die tschetschenischen Rebellen von Aslanbek Scheripow, Osseten und Inguschen, rote Kosaken und Dagestaner unter Führung von Machatsch Dachadajew, georgische und chinesische Arbeiter, die sich in den Kaukasus zurückziehenden Ukrainer und Rotarmisten der Tamaner Division wehrten gemeinsam die Attacken der von allen Seiten angreifenden Feinde ab. Wie Denikin, der Oberkommandierende der Weißen, zugeben musste, war seine Freiwilligenarmee zuvor nirgendwo und nirgendwann auf einen derartigen Widerstand gestoßen und hatte derartige Verluste hinnehmen müssen.

Die Weißgardisten wären überhaupt am Ende gewesen, wenn es reale Hilfe für den Kaukasus aus dem Zentrum gegeben hätte. Allerdings sorgte sich Trotzki, Vorsitzender des Revolutionären Militärrates, mehr um die rasche Verwandlung der Armee der Terek-Republik in seine 11. Armee und um die Auswechslung der gewählten Kommandeure durch von ihm ernannte. Das konnte in einem Kosaken- und Gebirgsgebiet, wo man seit Urzeiten die Kommandeure gewählt hatte, nur zur Rebellion und zum Zerfall der Armee führen. Lewandowski, der frühere Volkskommissar der Terek-Republik musste zum Kommandeur ernannt werden. Doch Hilfe erhielt die Armee auch jetzt nicht.

Ordshonikidse telegrafierte nach Moskau: „Um irgend etwas machen zu können, ist es nötig die Armee zu bekleiden und ihr Patronen und Ausrüstungen zu liefern. Wir füttern sie noch immer mit Trotzki's Versprechungen, doch damit werden wir Denikin gewiss nicht schlagen.“ Doch selbst, als die Roten nur noch fünf Patronen pro Gewehr und fünf Geschosse pro Geschütz hatten, konnten die Weißen durch Bajonett-Attacken zurückgedrängt werden. Erst als der Typhus zwei Drittel der Armee hinwegmähte, nahte das Ende. Lewandowski schlug vor, sich nach Astrachan zurückzuziehen. „Damit würden wir das ganze Terek-Gebiet seinem Schicksal überlassen ... die Bergbevölkerung wird einen solchen Abgang als Verrat an ihr auffassen, und wir sind politisch für immer für den Nordkaukasus gestorben.“ Am 24. Januar funkte Sergo Ordshonikidse an Lenin:

„Es gibt keine 11. Armee mehr (...) Nachts stand die Frage, ob wir das ganze Terek-Gebiet verlassen und nach Astrachan ausweichen. Wir halten das für politische Desertation. (...) Die Lage ist zu retten, wenn Sie 15 oder 20 Tausend frische Truppen hierher lenken würden. Gebt uns Patronen, Geschosse, Geld ... Unter den Arbeitern von Grosny und Wladikawkas herrscht der unerschütterliche Beschluss, zu kämpfen und sich nicht zu ergeben, vor. Die Sympathien der Bergvölker sind auf unserer Seite.“ Der letzte Funkspruch ging am 7. Februar nach Moskau, einige Stunden, bevor die Batterien Denikins die Funkstation beschossen. Hilfe kam nicht mehr an.

Ungeachtet dieser Tragödie waren die Bolschewiki für den Kaukasus nicht gestorben. Ein Teil der 11. Armee ging zum Partisanenkrieg in den Bergen über. Schon am 16. Februar wurde im Untergrund das Dagestanische Gebietskomitee der RKP(B) unter Führung von Ullubij Bujnaski gebildet, in dem Vertreter vieler Völkerschaften des Gebiets mitwirkten. Das Komitee stellte sich die Schaffung einer Föderation der Bergvölker auf Basis der Sowjetmacht zur Aufgabe. Es begann die Vorbereitung eines Aufstandes gegen die „Bergregierung“, die versucht hatte, den Platz der Sowjetmacht einzunehmen. Den Nationalisten gelang es, Bujnaski und seine Genossen zu verhaften; per Urteil eines „Scharia-Kriegsgerichts“ wurden sie erschossen. Davon profitierten jedoch allein die russischen Weißgardisten. Denikin, der sich schon als Bezwingler der Bolschewiki sah, überführte seine Truppen in die Berge des Kaukasus und beseitigte die Bergautonomie. Das aber führte zu einem allgemeinen Aufstand. Nationalisten und muslimische Geistlichkeit sahen sich gezwungen, ein Bündnis mit den Bolschewiki zu schließen. Im Oktober, in den Tagen der Entscheidungsschlacht um Moskau, wurde in Dagestan eine Freiheitsarmee geschaffen. Die Berge gingen vollständig in die Hände der Aufständischen über. Denikin musste eine beträchtliche Anzahl Truppen von der Front abziehen, um den Partisanen wenigstens Grosny abzunehmen. Auf den befreiten Territorien wurden allgemeine und direkte Wahlen des höchsten Organs der Sowjetmacht im Gebiet abgehalten – des Dagestaner Verteidigungsrates; ungeachtet seiner Bezeichnung vertrat er nicht nur Dagestaner, sondern auch die Osseten, Balkaren, Karatschaier. Im März 1920, also noch vor dem Herannahen der Roten Armee, konnten die aufständischen Truppen die Weißen aus den Städten verjagen.

Ein Bündnis der Völker des Nordkaukasus unter der roten Fahne der Revolution kontrastierte auffällig mit dem, was sich auf der anderen Seite des Gebirges tat. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hatten die Briten dort die Deutschen und Türken abgelöst. Lange konnten sie sich allerdings nicht halten; auf die inständige Bitte der Daschnaki hatte Kriegsminister Churchill geantwortet: „Die britische Flotte kann nicht am Berge Ararat anlegen.“ Die Daschnaki erreichten beinahe ein Mandat der USA für Armenien, doch der Senat ratifizierte die Vereinbarung nicht. Im Verlaufe von zwei Jahren der Souveränität war die Wirtschaft der drei Staaten vollkommen zerrüttet, infolge von Hunger und Epidemien ging die Bevölkerung zugrunde. Arbeiterstreiks und Bauernaufstände wurden im Blut ertränkt. Alle drei Staaten schafften es, sich in wechselseitige Kriege wegen strittiger Regionen mit Mischbevölkerung zu verwickeln, tatsächlich aber wegen Ölpipelines und Rohstoffen; die Interventen errichteten dort unterdessen neutrale Zonen und nahmen die Bodenschätze unter ihre Fittiche. Der Nordkaukasus und Transkaukasien konnten sich nicht dauerhaft in entgegengesetzte Richtungen bewegen. Der Große Kaukasus mit seinen Hochgebirgspässen, der sich nur schwer kontrollieren lässt, eignet sich wenig als Staatsgrenze und ist es nie gewesen. Fast über seine gesamte Ausdehnung hin wohnen beiderseits der Berge ein und dieselben oder miteinander verwandte Völkerschaften. Die Nationalisten Transkaukasiens und

ihre imperialistischen Schutzherren konnten ihre Herrschaft solange nicht für stabil halten, wie es im Nordkaukasus die Sowjetmacht gab, und Sowjetrußland konnte nicht die Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen, mit der sie über tausende historische Fäden verbunden war.

Im April 1920, als die Musawat-Leute einen großen Teil ihrer Armee zum Kampf gegen Armenien entsendeten, organisierten die Kommunisten von Baku einen Aufstand. Die Garnison lief zu ihnen über, das Parlament übergab ihnen die Macht. Es wurde eine Sozialistische Sowjetrepublik proklamiert. Das Aserbaidshanische Revolutionskomitee wandte sich an den Russischen Rat der Volkskommissare: „Da wir keine Möglichkeiten haben, aus eigener Kraft dem Ansturm der vereinigten Banden der äußeren und inneren Konterrevolution standzuhalten, schlagen wir ein brüderliches Bündnis vor ... Wir bitten darum, unverzüglich Hilfe in Form von Truppen der Roten Armee zu senden.“

Ganz ähnlich entwickelten sich die Ereignisse im November 1920 in Armenien und im Februar 1921 in Georgien.

Ein Jahr später, im Februar 1922, vereinigten sich Aserbaidshan, Armenien und Georgien zur Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Sie wurde zum Vorbild für die Sowjetunion. Am 30. Dezember desselben Jahres trat die TSFSR gemeinsam mit Sowjetrußland, der Ukraine und Weißrußland der UdSSR bei.

Gang und Ausgang des Bürgerkrieges im Kaukasus erlauben eine Schlussfolgerung, die durch die spätere Erfahrung anderer Länder des „Instabilitätsbogens“ gestützt wird: **Kein Nationalismus, weder in der Variante einer Großmacht-Diktatur, noch in kleinstaatlich-„demokratischer“ Ausprägung, war je in der Lage, die wechselseitige Vernichtung von Völkern zu verhindern und ihnen ein friedliches Zusammenleben zu garantieren.** Den Bankrott der nationalistischen Ideologie mussten auch diejenigen eingestehen, die von ihr infiziert worden waren: ein bedeutender Teil der Nationalisten selbst, zunächst im Nordkaukasus, später in Transkaukasien, schlossen sich den Bolschewiki an, weil sie für sich und ihre Völkerschaften keine andere Perspektive sahen. Den Kaukasus aus der blutigen Sackgasse herauszuführen, konnte allein ein proletarischer Internationalismus bewältigen.

### **Aufstieg und Fall der UdSSR: der kaukasische Aspekt**

Vielen von denen, die in den Kämpfen einen Sieg erringen konnten, erschien der „Kriegskommunismus“ als Vorstufe zum echten Kommunismus. Die reale Situation, vor allem in den nationalen Randgebieten war um vieles komplizierter. Das Proletariat hatte im Block mit der kleinbürgerlichen Demokratie gesiegt, darunter mit deren nationalistischem Flügel. Die Bauern, die bei den Kaukasusvölkern in der Mehrheit waren, kämpften für Land und Freiheit, gegen Intervention, Hunger und Genozid, mancherorts gegen die Gutsbesitzer, nicht jedoch für den Sozialismus und schon gar nicht für einen „Kriegskommunismus“. Daher verwundert es kaum, dass gerade einmal ein Jahr nach dem allgemeinen Aufstand gegen die Weißen in den kaukasischen Bergen bewaffnete Erhebungen gegen die Bolschewiki ausbrachen. Der Übergang zur NÖP trug zu einer gewissen Beruhigung der Lage bei, doch um den Preis des wachsenden Einflusses von Kulakenschaft und Geistlichkeit. Eine besonders schwierige Situation war in Transkaukasien entstanden, wo die Errichtung der Sowjetmacht mit dem Beginn der NÖP zusammentraf.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR stellte objektiv nicht so sehr eine Kooperation zwischen Kleineigentümern dar, als vielmehr die Wiedergeburt der Dorftraditionen auf neuer Grundlage, welche der Kapitalismus nicht vollständig zu vernichten und aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen geschafft hatte. In vielen nationalen Grenzgebieten handelte es sich nicht einfach um Traditionen, sondern um eine lebendige, intakte Gemeindeordnung. Allerdings war der Versuch zu ihrer maximal behutsamen Reformierung und Adaption an die neuen Bedingungen nicht die einzige Tendenz. Ihr stand die Tendenz des Bruchs mit den Verhältnissen der gemeinschaftlichen Bodenbestellung und Selbstverwaltung entgegen, die schon dadurch hervorgerufen wurde, dass der Frühsozialismus eine Aufgabe zu bewältigen hatte, die eigentlich nicht ihm selbst, sondern dem Kapitalismus eigen ist, nämlich die industrielle Revolution zu verwirklichen bzw. zu vollenden. Diese zweite Tendenz verstärkte ihren Einfluss unter den extremen Bedingungen der Entwicklung der UdSSR, die sie zur Forcierung der sozialökonomischen Umgestaltung drängten, und zwar in Reaktion auf antisowjetische Aktionen der vermögenden Gemeindemitglieder, und letztlich auch infolge von Aktionen der „Ultralinken“, die nicht müde wurden, die reaktionäre Bauernschaft überhaupt und die Dorfgemeinde im Besonderen zu verunglimpfen. Ziemlich leichtfertig nahmen diese in der Regel an, dass die Zerstörung der Dorfgemeinde, die Trennung der gestrigen Gemeindemitglieder von ihrem Grund und Boden und ihre beschleunigte Umsiedlung in die Stadt zu den beinahe unabdingbaren Attributen des sozialistischen Aufbaus gehören müssten. In Wirklichkeit stellte ein solcher Kurs, durch welche Ursachen er unmittelbar auch immer hervorgerufen worden sei, durch welche Ideologie er auch immer gerechtfertigt worden mag, keineswegs eine sozialistische, sondern eine radikal-kapitalistische Tendenz der agrarischen Umwälzung dar, eben die Expropriation der Dorfgemeinde, ohne die der Kapitalismus niemals und nirgends auskam. In der Praxis haben sich beide Tendenzen überlagert und wirkten in unterschiedlichen Proportionen auf den verschiedenen Etappen der sowjetischen Geschichte und in verschiedenen Teilen des Landes zusammen. Ihr Widerstreit, der für die ganze UdSSR dramatisch war, zeitigte besonders tragische Folgen in den Gebirgsregionen. In einigen Regionen flammte der bewaffnete Kampf gegen die Sowjetmacht erneut auf.

Nicht leicht war es auch die nationale Frage in der Praxis zu lösen. Unter den alten und neuen Kadern gab es nicht wenige Nationalisten, die sich ehrlich der Revolution verschrieben hatten oder aber sich ihr aus Karrieregründen andienten; sowohl die erste Gruppe, als auch besonders die zweite schleppten die schwere Last von Vorurteilen mit sich. Jeder Schritt in der Nationalitätenpolitik musste gründlichst abgewogen werden, um nicht diejenigen zu verprellen, die den Frieden in einem Grenzgebiet untergraben und damit das ganze Land gefährden konnten.

Besonders stark war der nationalistische Flügel in der Partei und in der staatlichen Verwaltung von Georgien. Diese Republik weigerte sich kategorisch, es den Bezirken mit armenischer und aserbaidshanischer Bevölkerung zu überlassen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Mingrelier und Swanen, die ihre eigenen Sprachen sprechen, wurden einfach zu Georgiern erklärt, Mescheter zu Türken. Die Autonomie erhielten nur die Osseten, Abchasen und die Adsharen, die sie sich selbst nahmen. Nationalisten, die sich selbst als Kommunisten bezeichneten, gingen sogar so weit, ein Verbot von Mischehen und die Ausweisung Fremdstämmiger aus Georgien zu fordern. Sie brachten beinahe die Gründung der Transkaukasischen Föderation und der UdSSR zu Fall.

Die Sowjetmacht gewährte allen Völkern die Freiheit, ihre Muttersprache in der Verwaltung und vor Gericht zu benutzen und in der Schule in ihr unterrichtet zu werden; für viele Sprachen, die keine Schriftlichkeit besaßen, wurde eine solche geschaffen. Große Aufmerksamkeit widmete man der Qualifizierung von einheimischen Kadern; für die Überwindung von deren faktischer Benachteiligung stellte man ihnen bevorzugte Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten zur Verfügung. Im Rahmen der sowjetischen Föderation entstanden einige Formen nationaler Staatlichkeit: die Sozialistische Sowjetrepublik (SSR), die auch das Recht auf Austritt aus der Union besaß, die Autonome sozialistische Sowjetrepublik (ASSR); die Autonome Region, das Autonome Gebiet, der Autonome Bezirk. Eine solche Verwaltungsstruktur ermöglichte es die Bevölkerungszahl, das Entwicklungsniveau und die staatlichen Traditionen eines jeden Volkes zu berücksichtigen. Doch war eine national-staatliche Entflechtung in einem Gebiet großer ethnischer Vielfalt eine höchst komplizierte Angelegenheit.

Im Nordkaukasus nahm man zu Beginn Kurs auf die Schaffung von Vielvölkerautonomien eher nach dem Territorialprinzip, als nach ethnischen Kriterien. Das betraf Dagestan und die ebenfalls autonome „Sowjetrepublik der Bergvölker“, die 1921 gegründet wurden, in der fast alle Völker des Kaukasusgebirges lebten, bis auf die Westadygier, für die ein Adygeisches Autonomes Gebiet geschaffen wurde. In Dagestan hat sich ein solcher Ansatz bewahrt: Es war und bleibt bis heute die friedlichste Republik in der ganzen Region. Man hätte einen Schritt weiter gehen können und eine nordkaukasische Föderation innerhalb der UdSSR bilden können, doch wurde beschlossen, einzelne Autonomien zu schaffen. Aus der Autonomen Bergrepublik wurden bereits 1922 die autonomen Bezirke Kabardino-Balkarien, Karatschai und Tschetschenien herausgelöst. 1924 teilte man die Restrepublik endgültig in zwei autonome Gebiete: Nordossetien und Inguschetien, doch wurde als Hauptstadt für beide Wladikawkas belassen: Es gab dort einfach keine anderen Städte. Um die Möglichkeiten für die Entwicklung autonomer Gebilde zu erweitern, wurden sie in den 1930er Jahren vergrößert und in ihrem Status erhöht: Es wurden die Autonomen Republiken Nordossetien, Kabardino-Balkarien und Tschetschenien-Inguschetien sowie das Autonome Gebiet Karatschai-Tscherkessien gegründet. Eng miteinander verwandte Völkerschaften, wenn nicht gar Zweige eines einzigen Volkes (Karatschailer und Balkaren, aber auch Kabardiner, Tscherkessen und Adygier) fanden sich in verschiedenen Autonomien wieder, wohingegen Völkerschaften mit höchst komplizierten Beziehungen zueinander in einer Verwaltungseinheit vereint wurden, was natürlich schwere Konflikte barg. Die Völker unterschieden sich jetzt auch noch danach, ob sie ihre Autonomie bekommen hatten oder, wie die Abasinen, Nogaier, Kurden oder Talyschen, nicht.

Auf die Lösung der nationalen Frage wirkte sich auch die internationale Situation ungünstig aus. Das sowjetische Aserbaidshan erkannte 1920 das Recht der Armenier von Berg-Karabach und Nachitschewan auf Selbstbestimmung an. Die Türkei aber hatte Nachitschewan und einen Teil von Armenien okkupiert und stellte zur Bedingung für einen Truppenabzug, dass beide Gebiete dem türkischen Aserbaidshan zugeschlagen werden müssten. Innerhalb von Aserbaidshan wurden daraufhin die ASSR Nachitschewan und das Autonome Gebiet Berg-Karabach gegründet, ihr Status wurde durch ein Referendum bekräftigt. Das Bedürfnis nach gutnachbarschaftlichen, oder wenigstens normalen Beziehungen zur Türkei und zum Iran erlaubte es dem Sowjetland nicht, weder Gerechtigkeit im Verhältnis zu den Armeniern herzustellen, die unter dem

türkischen Genozid von 1915-1918 gelitten hatten, noch die nationalen Interessen der durch Grenzen geteilten Aserbaidshaner, Georgier, Kurden und Talyschen zu verteidigen.

Die Nationalitätenpolitik war auch nicht frei von Fehleinschätzungen ideologischer Art. Eine „linke“ Abweichung zeigte sich darin, dass man das alte Russland pauschal zum Völkergefängnis erklärte und ohne hinreichende Erklärung zu den Kolonialmächten rechnete, womit alle Erhebungen der Kaukasusvölker gegen Russland, selbst die eindeutig reaktionären, zum nationalen Befreiungskampf hochstilisiert wurden. Als es mit dem drohenden Krieg erforderlich schien, den russischen Patriotismus wiederzubeleben, fiel man ins andere Extrem: Angeblich wären nun beinahe alle Kaukasusvölker Russland freiwillig beigetreten, und Schamil verwandelte sich aus einem Revolutionär in einen englisch-türkischen Doppelagenten. Solche Kehrtwendungen spielten dem Nationalismus in die Hände.

Einen schweren Schlag versetzten die innenpolitischen Kämpfe der 1930er Jahre dem Kaukasus, denen viele Revolutionäre, darunter die Partisanenführer von 1919-1920, zum Opfer fielen. Die schwierigste Situation entstand wiederum in Georgien, wo L.P. Berija zum ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei ernannt worden war – ein Akteur mit dunklen Flecken in der Biographie, der seinerzeit für die Musawat-Leute gearbeitet hatte; er selbst hatte stets glauben zu machen versucht, er habe im Feindeslager einen Auftrag der Bolschewiki erfüllt, seine Gegner innerhalb der Partei haben indes bewiesen, dass das Gegenteil der Fall war. Berijas Leitung war gekennzeichnet durch Bemühungen, sich ein eigenes Denkmal zu setzen, durch die Deportationen von Meschetern und Kurden, durch die Beseitigung Unerwünschter zunächst auf dem Wege von Terroraktionen, sodann durch Verhaftungen und Erschießungen nach falschen Anschuldigungen. Er bekam in der Folgezeit dann auch noch die Möglichkeit, diese Erfahrung im Landesmaßstab anzuwenden.

Zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges hatten sich die sozialen und zwischennationalen Widersprüche im Kaukasus längst nicht überlebt. Sie wurden angeheizt durch die Tätigkeit von Agenturen Nazideutschlands und der traditionellen Schutzmacht für Gebirgsseparatismus – der Türkei. Formal Neutralität während, wurde Ankara im Wesentlichen ein passiver Bündnispartner der Achsenmächte. Seine Armee stand an der Grenze und zwang die UdSSR, zum Schutz von Transkaukasien viele Kräfte von der deutschen Front abzuziehen. In der Türkei entfalteten „tscherkessische“ und krim-tatarische Emigranten eine aktive Tätigkeit und planten faschistoide Generäle einen Krieg gegen die UdSSR für die Eroberung des Kaukasus und der Krim. Präsident İnönü erörterte in einem Briefwechsel mit Hitler, wie viele Millionen Slawen man für die Verteidigung der jeweiligen „nationalen Interessen“ ihrer Mächte ausrotten müsste.

1942 drangen Wehrmachtstruppen in den Nordkaukasus ein. Mit ihnen kehrten auch der Ataman der nordkaukasischen weißgardistischen Kosaken Schkuro und das Oberhaupt der adygeischen Konterrevolution zurück, der Nachfahre des Krim-Khans Klyc Selim Girej; beide hatten sich vorgenommen, bewaffnete Einheiten zu Hitlers Diensten zusammenzustellen. In einigen Bergdörfern trafen die Deutschen auf kaukasische Gastfreundschaft. Die Karatschaier Dorfältesten brachten Hitler sogar ein weißes Pferd dar. Kollaborateure aus den Bergen beschmutzten gemeinsam mit den Okkupanten ihre Ehre durch Massenmorde an Gefangenen und an der friedlichen Bevölkerung.

Ein „Sieg“ in einem derartigen „Unabhängigkeitskampf“ und mit solchen Verbündeten bescherte den Bergvölkern nichts anderes als eine Katastrophe; ihrer Niederlage wurde zur Tragödie. 1944, ein Jahr nach der Vertreibung der Okkupanten, wurde die Autonomie für die Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren aufgehoben, ihre Ländereien wurden zwischen den benachbarten Gebieten und Autonomien der RSFSR und Georgiens aufgeteilt und sie selbst wurden nach Kasachstan und Mittelasien deportiert. Diese Aktion war motiviert durch die Zusammenarbeit eines bedeutenden Teils dieser Völker mit dem Feind. Doch weder militärische Erwägungen, noch die Notwendigkeit, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, können erklären, warum es erforderlich war, buchstäblich alle Menschen auszuweisen und dafür erhebliche militärische Kräfte zu binden, als sich die Kämpfe schon weit vom Kaukasus entfernt hatten. Die Durchführung der Deportation am 23. Februar, dem Tag der Roten Armee, und die Verschickung der Ausgewiesenen in die turksprachigen Grenzrepubliken der UdSSR lassen überhaupt eine Provokation im Interesse der Nationalisten vermuten. Die wahren Hintergründe dieser Aktion müssen erst noch studiert werden – auch unter Berücksichtigung der Umorientierung der Türkei auf den anglo-amerikanischen Block und der innenpolitischen Widersprüche der UdSSR (Berija hatte dem Führer der Kabardinischen ASSR erklärt, dass Georgien eine Verteidigungsgrenze an den *Nordhängen* des Kaukasus benötigen würde). 13 Jahre später durften die Deportierten zurückkehren; nur die Mescheter und Kurden blieben in Mittelasien, da Georgien und Aserbaidshan sich weigerten sie aufzunehmen.

Einige Jahrzehnte lang schien es, als seien die Wunden verheilt. Die Kaukasus-Republiken, wie auch die UdSSR insgesamt, erzielten große Erfolge in der Wirtschaft und Kultur, das Lebensniveau der Bevölkerung stieg spürbar an. Die soziale und nationale Zusammensetzung der Bevölkerung hatte sich grundlegend verändert, der Anteil der Stadtbevölkerung war gewachsen, die Zahl der Mischehen hatte sich vervielfacht; in den meisten Autonomien stellten die Einheimischen inzwischen die Bevölkerungsmehrheit. In Wertschätzung der nicht leicht errungenen Stabilität vermied die sowjetische Führung über Jahrzehnte hinweg, Veränderungen in der nationalen und territorialen Gliederung und Kaderpolitik des Landes vorzunehmen. Künstlich wurden die Privilegien für die „nationalen Kader“ konserviert, die schon den einstigen Sinn verloren hatten; unter den neuen Bedingungen verwandelten sie sich allmählich in ein Mittel der Aufteilung von prestigevoller Arbeit und defizitären Waren unter „den eigenen Leuten“. In den Unionsrepubliken und Autonomien entstand unmerklich ein Verwaltungssystem von erblichen Clans, die nicht gerade die besten Traditionen der feudalen und vorfeudalen Vergangenheit wiederbelebten. Die nationale Nomenklatur einer jeden Republik erreichte eine ihr jeweils genehme Interpretation ethnisch-kultureller und historischer Fragen.

Die Bewohner des kaukasischen Albania verwandelte man rückwirkend in Türken, Schamil in einen englisch-türkischen Agenten und Nationalhelden, wobei unklar blieb, welcher Nation. Genauere Kriegsumstände – vom Kaukasus-Krieg bis zum 2. Weltkrieg – die sich nicht in die offizielle Version fügten, wurden aus der historischen Erinnerung getilgt. Sogar Tatsachen von Volkszählungen wurden verdreht: Swanen und Mingrelier wurden als Georgier registriert, Talyscher als Aserbaidshaner. Das alles rief bei den einen nationalistischen Hochmut und parasitäres Verhalten hervor, bei den anderen – dumpfe Unzufriedenheit und Kränkung. Leute aus den Kaukasusrepubliken ließen mitunter verlautbaren: „Bei uns gibt es keine Sowjetmacht!“

Ungeachtet dessen war die UdSSR solange stabil, wie sie mehr oder weniger konsequent eine Politik der Angleichung der Entwicklungsniveaus ihrer Völker betrieb. Doch konnte eine solche Politik nur bei einem zeitgemäßen Übergang von der extensiven zu einer intensiven Wirtschaftsentwicklung, von der Vollendung der industriellen Revolution zur wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR), erfolgreich sein. Nur auf diese Weise konnte das Land die Bildung einer massenhaften sozialen Gruppe von marginalisierten Städtern verhindern – der Migranten vom Dorf, die von ihrer früheren Gemeinkultur entfremdet waren und sich die neue, städtische Kultur noch nicht angeeignet hatten. Eben diese Gruppe diente als Nährboden für alle möglichen Mafiastrukturen, woraus immer diese sich auch rekrutierten – aus Verbrechern oder korrumpierten Beamten, „demokratischen“ oder national-populistischen Demagogen, Separatisten oder Fundamentalisten. Die WTR hingegen bot prinzipiell die Möglichkeit zu erreichen, dass nicht die Menschen aus den Dörfern und Siedlungen in die Großstädte abwanderten, wo es Industrie, also auch Arbeitsplätze gab, sondern die Industrie selbst dorthin wechselte, wo es die benötigten Arbeitshände und Köpfe gab. Unter den Bedingungen eines Vielvölkerstaates hätte es allerdings dafür anderer Kriterien bedurft, als das der im kapitalistischen Sinne verstandenen Rentabilität.

Dieses Problem wurde nicht rechtzeitig bewusst und gelöst. Und darin liegt eine der Hauptursachen für den Untergang der UdSSR. Die kapitalistische Tendenz, die sich am Ende der sich übermäßig in die Länge ziehenden Industrialisierung verstärkt hatte, zersetzte im Verlauf der vergangenen 20-30 Jahre das Zusammenwachsen des Staatseigentums mit der umgestalteten Dorfgemeinde, die eine Stütze der sozialistischen Tendenz bildete. Eben dadurch, nicht aber durch den schicksalhaften, ewigen Dämonen nationaler oder religiöser Feindschaft, und sogar nicht einmal durch die Kränkungen im Gefolge der Fehlleistungen der Nationalitätenpolitik der 1940er Jahre, wurden die Ströme von Blut erzeugt, die die Ruinen der UdSSR dunkelrot färben sollten.

In den 1960er und 1970er Jahren hatten sich im Kaukasus ähnliche Prozesse vollzogen wie auch in anderen Gebieten der UdSSR, die unter landwirtschaftlicher Überbevölkerung litten: in Mittelasien (v.a. Tadshikistan), im Südkaukasus, in der Westukraine und Moldawien: Hierbei handelt es sich um die volle Liste von Brandherden des militanten Nationalismus und religiösen Gemeindeextremismus am Vorabend und zu Beginn der „Perestrojka“, um Brandherde für den Ausbruch blutiger „ethnischer Konflikte“ in den Jahren der Zerstörung der UdSSR<sup>2</sup>. Von hier aus strömte ein ganzer Zug von Saisonarbeitern ins Landeszentrum, wo es Arbeitskräftebedarf gab; ihre Arbeit fand, ohne von der Statistik erfasst zu werden, Anwendung in der Schattenwirtschaft. Transkaukasien verwandelte sich in eine Anbauregion für teures Gemüse und Obst für die Moskauer Märkte und für den Norden.

In den Kaukasusrepubliken wurde das Kapital aus der Schattenwirtschaft schon zu Beginn der 1980er Jahre zu einer einflussreichen Macht. Die darin verstrickte

---

<sup>2</sup> Eine ganz analoge Situation lässt sich auch in anderen Gastarbeiter-Exportländern beobachten: in Jugoslawien (v.a. Bosnien und Kosovo), in der Türkei (v.a. in den kurdischen Regionen), im Libanon, in Algerien u.a.. Ebenso verhält es sich auch in den Ländern des lateinamerikanischen „Instabilitätsbogens“ von Mexiko bis Bolivien. Wo „weiße“ und „Rosen“-Revolutionen die Dinge bis zur forcierten Zerstörung der Dorfgemeinde trieben und die übrigen Bezirke, im Bestreben, sie zum unerschöpflichen Reservoir für billige Arbeitskräfte zu machen, einer noch größeren Diskriminierung unterwarfen, entzündete sich früher oder später das Feuer separatistischer oder fundamentalistischer (darunter auch linksextremer) Bewegungen.

Beamtenschaft wurde von der Korruption angesteckt. Die Prozesse einer sich ankündigenden und dann ausbrechenden krisenhaften Entwicklung vollzogen sich dort, wie schon in den 1920-1930er Jahren, in vorseilendem Tempo und übten beträchtlichen Einfluss auf die übrigen Republiken der UdSSR aus, indem sie zur sozialen, ideellen und organisatorischen Reifung antisozialistischer Kräfte beitrugen. Es ist bezeichnend, dass die Karriere führender Persönlichkeiten der „Perestrojka“ mit dem Kaukasus zusammenhing. M.S. Gorbatschow kam ins Politbüro, nachdem er zur Führung des Stawropoler Gebiets gehört hatte, zu dessen Bestand Karatschai-Tscherkessien gehörte. E. Schewardnadse, der Außenminister der „Perestrojka“, begann seine Karriere noch in den 1950er Jahren, zu Berija-Zeiten, im georgischen Komsomol, und stand seit Beginn der 1970er Jahre der KP Georgiens vor; unter ihm verwandelte sich die Republik endgültig in ein Naturschutzgebiet für Korruption. Mit denselben Ergebnissen lenkte G. Alijew, vormals Führer von Nachitschewan, nun Aserbaidshan, und tat viel für die Verdrängung von Armeniern aus dem Lande; vor der „Perestrojka“ holte man ihn auch für einen Aufstieg nach Moskau. A. Sobtschak leitete, bevor er zum Bürgermeister von Leningrad und später zu dem von St. Petersburg gemacht wurde, als Vorsitzender eine Kommission des Obersten Sowjets zur Aufklärung der chaotischen Zustände in Tbilissi. Mit Beginn der „Perestrojka“ brach der im Kaukasus schwelende Brand offen aus. Bosse der Schattenwirtschaft und korrumpierte Beamte verschiedener Nationalitäten begannen erneut, wie schon vor der Revolution, die Verhältnisse mit Hilfe von angeheuerten oder bewusstseinsgetrübten Schlägertruppen zu klären. Georgien weigerte sich, bei sich Mescheter aufzunehmen, die noch unter Berija in den 1930er Jahren deportiert worden waren. Anfang 1988 kam es im aserbaidshanischnen Sumgait zu einem blutigen Armenier-Pogrom. Als Antwort darauf erklärte das Autonome Gebiet Berg-Karabach seinen Austritt aus der Republik Aserbaidshan. Daraufhin entstanden in Aserbaidshan und Armenien „Volksfronten“, die die kommunistischen Parteien aus den Machtposten zu verdrängen begannen.

Im April 1989 brannte Tbilissi. Nationalisten organisierten ein Meeting und verkündeten „Rechte“ auf Abchasien, und die Parteiführung zog zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Truppen heran. Sobtschak legte dem Kongress der Volksdeputierten mit zitternder Stimme dar, wie die Soldaten mit Pionierspaten beinahe kilometerweit Greisinnen und schwangere Frauen gejagt hätten. General Rodionow, Oberkommandierender der Gebietsstreitkräfte, erklärte und eine Expertise bestätigte, dass die Kämpfer von Swiad Gamsachurdia als erste Gewalt angewendet hätten und dabei Frauen als lebendes Schutzschild missbraucht hätten, während die Soldaten weder Waffen, noch die berüchtigten Pionierspaten besessen hätten; die Gefallenen waren vielmehr von den Massen erdrückt worden. Doch schafften es die „Demokraten“, indem sie die Massenmedien monopolisierten, gekonnt die öffentliche Meinung dahingehend zu manipulieren, dass allein das Militär die Schuld an allem trage. Die Leute kamen nicht einmal auf die natürlichste Frage: Wieso waren eigentlich schwangere Frauen zu einem nächtlichen Meeting erschienen, bei dem alles Mögliche passieren konnte? Das würde normalen Leuten doch nie in den Sinn kommen, schon gar nicht in einer östlichen Kulturregion. Rodionow wurde abgelöst, Gamsachurdia zum Präsidenten Georgiens gewählt.

In all diesen Fällen griff die Unionsregierung zunächst zu ungeschickten Gewalthandlungen, um danach schmählich zurückzuweichen. Anhänger eines einheitlichen sozialistischen Vaterlandes wurden verraten, und den Extremisten

offenbarte sich die Machtlosigkeit des Unionszentrums, wie auch die Chance, ungestraft die Macht zu ergreifen und mit missliebigen Personen abzurechnen. Im Frühjahr 1990 begann die einseitige Verkündung der Souveränität der Unionsrepubliken. Die ersten waren die baltischen Republiken, ihnen folgten die transkaukasischen. Gestrige Parteiführer und National-Dissidenten vom Schlage eines Gamsachurdia wetteiferten darin, mit dem „Imperium“ zu brechen und ihm die Schuld für alle echten und vermeintlichen Nöte aufzuladen. Über Tbilissi, Jerewan und Baku wurden wieder die Fahnen der Menschewiki, Daschnaki und Musawat-Leute gehisst.

Wäre die UdSSR ein unitarischer Staat gewesen wie die VR China, so wäre die Krise vielleicht eher so verlaufen, wie die Ereignisse von 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens und darum herum. Sie war aber eine Föderation, und zwar eine höchst ungewöhnliche, mit Elementen sowohl des Unitarismus (vor allem die Rolle der KPdSU als einheitlicher Unionspartei), als auch der Konföderation (das Verfassungsrecht der Unionsrepubliken auf Austritt aus der UdSSR, wobei ein gesetzlich verbrieftes Mechanismus der Verwirklichung dieses Rechtes fehlte). Dieser Umstand gab der Konterrevolution die Möglichkeit, ihren Staat nicht auf dem Wege einer unverzüglichen Zerschlagung der alten Macht schaffen, sondern jenseits davon – durch die Souveränisierung der Unionsrepubliken, vor allem der RSFSR.

Indem es willkürlich die einen Republiken abstieß, auf konspirative Weise mit den anderen brach, und den dritten soviel Souveränität versprach, „wie sie nur schlucken konnten“, konnte das Jelzin-Regime zu nichts anderem führen, als zu einer endlosen Klärung der Beziehungen zwischen den nationalen Privatisierern verschiedensten Grades.

In Transkaukasien folgte, wie auch schon 70 Jahre zuvor, als eines der ersten Ergebnisse der „Souveränisierung“, ein Krieg zwischen Armenien und Aserbaidshan. Wie auch damals zerstörten die „National-Demokraten“ in ihren Ländern in kürzester Frist alles und verloren die Macht, nur fiel sie jetzt nicht Revolutionären zu. Als erster wurde Gamsachurdia gestürzt und dann ermordet: russische Demokraten an der Macht brauchten für ihre Angelegenheiten keine überflüssigen Zeugen. In den Präsidentensessel wurde der erprobte Schewardnadse gesetzt.

In Aserbaidshan wurde ebenfalls ein alter Bekannter zum Präsidenten gekürt, nämlich Alijew, und danach dessen Sohn.

In Armenien wählte man einen Parteiführer aus Sowjetzeiten, Demirtschjan, zum Parlamentsvorsitzenden. Vielleicht wäre er auch Präsident geworden, wenn nicht Sturmtruppen den Sitzungssaal besetzt und viele Abgeordnete erschossen hätten, darunter auch den Vorsitzenden. Seit dieser Zeit präsidieren frühere Führer von Karabach (erst der eine, dann der andere). Die Erben von Gamsachurdia, der Daschnaki und Musawat-Leute versuchten nicht nur einmal Putsche zu inszenieren, bekamen aber keine Unterstützung. Das Volk hat offenbar nicht den Wunsch, die Vergangenheit wiederaufleben zu lassen: Unter den heutigen Regenten lebt man zwar schlecht, aber im Unterschied zur Zeit der „Demokraten“ kann man überhaupt wieder leben.

Im Nordkaukasus wurden zu Beginn der 1990er Jahre Versuche unternommen, eine Reform der nationalen und territorialen Gliederung auf die Tagesordnung zu setzen. Menschen, die die Demagogie von der „revolutionären Perestrojka“ ernst genommen hatten, erinnerten sich sogar an die Nordkaukasische Föderation. Autonome Gebiete

proklamierten sich als Republiken. Es fanden, fast wie in den 1920er Jahren, Kongresse der Karatschaier, der Balkaren, Nogaier und anderer Völkerschaften statt, die Autonomie-Projekte entwickelten. Sie mussten sich allerdings schon bald davon überzeugen, dass eine Konterrevolution keine Revolution ist. Die einzige Veränderung auf der Verwaltungskarte war die umgekehrte Abtrennung Inguschetiens von Tschetschenien, und das Hauptergebnis – der blutige Konflikt Inguschetiens mit Nordossetien wegen der Vorstädte von Wladikawkas, der einstigen gemeinsamen Hauptstadt.

In den Autonomien regiert in der Regel wie gehabt die Bürokratie der „Titularnation“, indem sie jede beliebige Unzufriedenheit unterdrückt. Nirgendwo in Russland gibt es eine so hohe Arbeitslosigkeit, eine solche Massenarmut, eine solche Polizeiwillkür. Nirgendwo werden die Wahlen so skandalös gefälscht, werden direkt an den Wahlstützpunkten Wahlbeobachter misshandelt, sogar hochbetagte Kriegsveteranen. Nicht darüber sollte man sich wundern, dass in den transkaukasischen Autonomien von Zeit zu Zeit Explosionen hochgehen oder Polizisten erschossen werden, sondern darüber, dass es bisher noch keine extremistische Massenbewegung gibt. Die Menschen drücken ihre Unzufriedenheit bislang in verfassungskonformer Form aus, indem sie für die linke Opposition stimmen. Nicht zufällig tragen bis heute die Städte Dagestans die Namen derer, die die Sowjetmacht errichtet haben, nicht zufällig wurde der Sohn eines Partisanenkommandeurs von 1919-1920 zum Präsidenten von Inguschetien gewählt. Der Vorrat an Stabilität, der zu Sowjetzeiten angelegt wurde, ist groß. Allerdings nicht unendlich.

### **Tschetschenien: Die Kaukasische Vendée**

Zur einzigen Ausnahme aus der Regel wurde im Nordkaukasus Tschetschenien. Es ist eine Ausnahme mit reaktionärer Ausrichtung – wie die Vendée im Frankreich des 18. Jh.. Ihre Ursachen sind zu suchen in weit zurückliegender und jüngster Geschichte.

Die Vorfahren der Tschetschenen lebten im entlegensten Winkel des Kaukasus: durch ihre Berge führten keine günstigen Handelsrouten. Doch gab es bei ihnen fruchtbare Böden, im Unterschied zu den meisten Bergbewohnern. Daher betrieben sie nicht nur Weideviehhaltung und Ackerbau für die eigenen Bedürfnisse, sondern produzierten auch für den Markt und verkauften Weizen an alle Nachbarvölker des Nordkaukasus. In der Wirtschaft wurde die Arbeit von versklavten Kriegsgefangenen und Knechten aus der Bergbevölkerung mit Landknappheit ausgenutzt.

Unter allen Völkern der Region gab es nur bei den Tschetschenen schon zum Ende des 18. Jh. keinen alten Stammesadel und keinen Feudaladel mehr. Die Gemeinden der Tejpy besaßen eine Selbstverwaltung, die der Kosakenordnung ähnelte: Hier konnte jeder Zugewanderte aufgenommen werden, wenn er den Islam annahm.

Die Tschetschenen konkurrierten mit den russischen Kosaken um die fruchtbaren Ebenen und erhoben sich schon seit Ende des 18. Jh. zu Aufständen gegen Russland. Doch Schamils Herrschaft war für sie noch weniger annehmbar, die tschetschenischen Tejpy entkamen ihm und erkannten die Zugehörigkeit zur russischen Krone an. Zugleich behielten die Tariqas, die bei anderen Völkern infolge der Niederlage geschwächt und diskreditiert waren, hier ihren Einfluss.

Die revolutionären Ereignisse von 1917 und der Bürgerkrieg führten in Tschetschenien etwa zu den gleichen Folgen wie in den russischen Kosakenregionen. Natürlich gab es auch unter den Tschetschenen Bolschewiki, wie z.B. Aslanbek Scheripow und seine Mitstreiter, die 1918-19 Grosny verteidigt hatten. Doch insgesamt deuteten die tschetschenischen Bauern ähnlich wie die Kosaken das Dekret über den Boden als Befriedigung all ihrer Ansprüche, wollten aber zugleich keinerlei Gleichberechtigung von „Fremdlingen“ auf „ihrem Boden“ dulden. So traten sie, wie auch die Kosaken, bald gegen die Weißen an, bald gegen die Bolschewiki. Bei den einen wie den anderen verbarg sich unter der Hülle der Gemeindeverhältnisse ein starker Einfluss seitens der Kulakenschaft. Doch im Unterschied zu den Kosakenbezirken, die im Verlaufe des Bürgerkrieges ihre traditionelle Selbstverwaltung verloren, erhielten die Tschetschenen erstmals in ihrer gesamten Geschichte eine Form von Staatlichkeit. Im Januar 1923 proklamierte ein Kongress des tschetschenischen Volkes die Autonomie. In der zwecks Erörterung praktischer Fragen gewählten Delegation gab es 140 Bauern und 70 Kaufleute, den Ton aber gaben 35 Mullahs an. K.E. Woroschilow, der am Kongress teilnahm, schrieb Stalin: „Die Mullahs besitzen einen grenzenlosen Einfluss, indem sie die einzige kulturelle Kraft darstellen. Ihre Lage wissen die Diener Allahs mit der ganzen Kunst östlicher Diplomaten auszunutzen. Die Bevölkerung verharrt in urzeitlicher Finsternis und „Gottesfurcht“ ... Natürlich gibt es auch in Tschetschenien eine Dorfarmut wie überall. Aber erstens sind die patriarchalischen Stammesbeziehungen in Tschetschenien noch fast vollständig intakt, und zweitens erweist jeder arme Kleinbauer dem Mullah und dem Geistlichen eine um hundert Mal höhere Ehrerbietung, als dem Kulaken (der Kulak ist bereits des Lesens und Schreibens kundig, mitunter gar gebildet), und außerdem, die Mullahs und Geistlichen aller Art leben und werden fett auf Kosten der Dorfarmut.“<sup>3</sup>

Die Kollektivierung des Dorfes rief in Tschetschenien eine neue Welle antisowjetischer Rebellionen hervor. Ohne dort eine feste Basis zu besitzen, versuchte die Sowjetmacht diese durch Vereinigung des Tschetschenischen Autonomen Gebietes mit dem loyaleren Inguschetien aufzubauen und in diese vereinigte Autonomie auch die Stadt Grosny aufzunehmen, wo es unter den Erdölarbeitern vorwiegend russisches Personal gab. 1934 wurde die Tschetschenisch-Inguschetische ASSR mit der Hauptstadt Grosny gegründet. Doch zu einer organischen Verknüpfung aller drei Bestandteile der Autonomie kam es nicht. Zusammen mit Grosny wurden auch Kosakendörfer in dieses Gebiet einbezogen, die gegenüber den tschetschenischen Auls eine jahrhundertelange Feindseligkeit hegten. Im Unterschied zu den Städten Dagestans, die nach Gebirgsrevolutionären wie Machatsch und Bujnaski benannt wurden, wurde Grosny nicht zu Ehren von Scheripow umbenannt, der dort gekämpft hatte und gefallen war. Das Zentrum der Autonomie-Hauptstadt zierte wie einst das Denkmal für General Jermolow, dem Feldherren des Kaukasischen Krieges, mit dem sich bei Tschetschenen wie Inguschen nicht die besten Erinnerungen verknüpfen. In den Bergen Tschetschenien hörten die bewaffneten Aufstände nicht auf. 1942 fielen Wehrmachtstruppen in die Republik ein. Grosny zu nehmen, gelang ihnen nicht, doch wurden sie in einigen Auls als „eigene Leute“ begrüßt; andere bewahrten Neutralität und ließen weder deutsche noch sowjetische Truppen hinein.

---

<sup>3</sup> Zit. nach: Voennye archivy Rossii, vyp.1, Moskva 1993, S. 406-407 (Militärarchiv Russlands), übers. G.H.

Obwohl es unter den Tschetschenen auch Helden des Krieges gegeben hat, wie z.B. den U-Boot-Matrosen Magomed Gadshiev, erfolgte 1944 die Deportation aller Tschetschenen und Inguschen nach Kasachstan.

1957 kehrten die Tschetschenen an ihre früheren Wohnort zurück. Ihre Rückkehr rief Massenproteste der russischen Bevölkerung hervor, die bis zur Zerschlagung des Bezirksparteikomitees reichten; um die Ordnung wieder herzustellen, mussten Truppen herangerufen werden.

Tschetschenien wurde erneut verwaltungstechnisch mit Inguschetien vereinigt. In der Republik vollzogen sich ernstzunehmende soziale und territoriale Veränderungen. Anstelle der früheren Kolchosen, die in dem einen oder anderen Maße die Gemeindetraditionen bewahrt hatten, wurden Sowchosen gegründet, d.h. Staatsgüter. Die Nutzung eines bedeutenden Teils des Grund und Bodens, besonders der Gebirgsweiden, wurde nun nicht mehr durch die früheren Gemeinderegeln reguliert, staatliche Kontrolle auszuüben war hier allerdings auch schwer zu realisieren. Bei formaler Abwesenheit von Privateigentum tauchten mitunter nicht registrierte Schafherden auf, die de facto Privatpersonen gehörten, die häufig im Handel, in der Administration o.ä. beschäftigt waren. Die Macht in der Republik wurde nun immer stärker in den Händen von Gebürtigen aus dem tschetschenischen Flachland konzentriert, die durch verwandtschaftliche, landwirtschaftliche und „geschäftliche“ Bindungen zusammenhingen. Auf ihre Interessen wurde ein neuer Zuschnitt der Verwaltungsgrenzen ausgerichtet: In den Bestand von Tschetschenien wurde das linke Ufer des Flusses Terek eingegliedert, das von alters her von Russen und Nogaiern besiedelt war, während ein Teil der eigentlich tschetschenischen Ländereien in den Grenzen der Nachbarrepublik Dagestan verblieb..

Das alles zusammen genommen schuf ideale Voraussetzungen für Korruption und das Aufblühen einer kriminellen Schattenwirtschaft, sodass und die Beziehungen zwischen den flachen und bergigen Teilen Tschetscheniens, zwischen den Tschetschenen und anderen Völkern in wachsendem Maße erschwert wurden. Die überzählige Bevölkerung, die die Berge verließ, war bestrebt die Grenzen Tschetscheniens hinter sich zu lassen und siedelte in verschiedene Gebiete Russlands und Kasachstans um, wo sie befristete Jobs finden konnte, am häufigsten auf dem Bau, oder sie befasste sich mit dem Handel. In beiden Fällen wuchs unter den Migranten der Einfluss von kriminellem Business. Auf dieser Basis erlebte der Einfluss der Tariqas eine Wiedergeburt, die in den Gebirgsregionen Tschetscheniens und innerhalb der tschetschenischen Diaspora tiefe Wurzeln geschlagen hatten.

Und so wurde Tschetschenien gesetzmäßig zu Beginn der 1990er Jahre zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution. Die Nationalisten der baltischen Republiken und die russischen „Demokraten“ schafften es, den im Baltikum seinen Dienst leistenden tschetschenischen General Dudajew zu bearbeiten. Er stellt sich an die Spitze der Bewegung für die „Unabhängigkeit“ Tschetscheniens. Dabei handelte es sich um ein unglaubliches Gemisch von „Demokratie“, Nationalismus, islamischem Fundamentalismus und Sowjetnostalgie: Dudajew trug auch nach dem Zerfall der UdSSR demonstrativ die sowjetische Militäruniform.

Gleich nach dem August 1991 schafften die Separatisten die Sowjets ab und ergriffen die Macht. Über Grosny wurde die grüne Flagge mit der Darstellung des kämpfenden Wolfes gehisst – das Emblem der türkischen Faschisten. Tschetschenien wurde zur souveränen „Republik Itschkerija“ erklärt. Dudajew verkündete, er wolle die Republik zum zweiten

Kuweit machen, obgleich dies – kurz nach der Operation „Wüstensturm“ – einen etwas merkwürdigen Beigeschmack hatte.

Konnte man denn ernsthaft von der Unabhängigkeit einer Republik reden, wo fast alles, Ölquellen, große Flüsse, fruchtbare Böden und einige wenige Industriebetriebe, in den Ebenen konzentriert waren, die im Grunde nicht von Tschetschenen bewohnt werden? Außerdem verfügt Tschetschenien nicht über einen Zugang zum Meer, während die Landwege seines Verkehrs mit der Außenwelt alle durch Russland führen; an der Grenze zu Georgien verlaufen nur Hochgebirgspfade. Zugleich führt die einzige Eisenbahnlinie durch Tschetschenien, die die Republik Dagestan mit dem Zentrum verbindet und sich nach Aserbaidshan und Iran fortsetzt, ebenso wichtige Erdölpipelines.

Das Problem der nichttschetschenischen Bevölkerung löste man auf die für faschistoide Nationalisten typische Weise. Hunderttausende Russen und Menschen anderer Nationalität erfuhrn kriminelle Gewalt; die einen wurden ermordet, andere verschwanden spurlos, die dritten flohen aus dem „souveränen Staat“, um das eigene Leben und das ihrer Familien zu retten; ihr Besitz fiel kriminellen Dealern zu.

Die Fabriken wurden zerstört oder stillgelegt, die noch brauchbaren Ausrüstungen wurden längst entwendet. Das einträglichste Geschäft stellte hier in den letzten Jahren das Ausrauben von Eisenbahnzügen bzw. das eigenmächtige Anzapfen von Erdölleitungen dar. Außerdem verwandelte sich Tschetschenien in eine innere Offshore-Zone, einen Ort für Geldwäsche und kriminelles Kapital aus ganz Russland.

Tschetschenien löste als erstes in Russland die Kolchosen auf und reprivatisierte Grund und Boden. Selbst Sklaverei hielt wieder Einzug: Neureiche hielten es für einen besonderen Chic, sich auf ihren Anwesen hörige Slawen zu halten. Solcher Art Gefangene hatte man aus den benachbarten Kaukasusrepubliken für ein beträchtliches Lösegeld erworben.

Die russischen „Demokraten“ und der Westen verschlossen die Augen vor dem in Tschetschenien entfesselten Terror. Stattdessen versuchten sie Dudajew einem anderen populären tschetschenischen Politiker entgegenzusetzen, dem wichtigsten Gegner des Separatismus und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR, R.I. Chasbulatov. Auf Weisung aus Moskau wurde die Bewaffnung der in Tschetschenien stationierten militärischen Einheiten den Separatisten überlassen. Im Sommer 1993 veranstaltete Dudajew eine Generalprobe für den Jelzin-Putsch, indem er die gesetzgebende Versammlung Tschetscheniens auseinanderjagte und ein Meeting ihrer Anhänger zusammenschießen ließ.

Nach dem Oktober 1993 wurde Dudajew nicht mehr gebraucht und das Jelzin-Regime versuchte ihn wieder loszuwerden. Die tschetschenische Opposition mochte und konnte es nicht wirklich unterstützen – hinter dieser schimmerte Chasbulatov durch, und vor allem – das Gespenst der Sowjetmacht. Da blieb nur übrig, eigene politische Unfähigkeit mit militärischer Stärke zu kompensieren.

Im Dezember 1994 wurde der sogenannte Erste Tschetschenische Krieg entfesselt. Verteidigungsminister Gratschew ließ Panzer auf Grosnys Straßen auffahren, wo die Rebellen sie in aller Ruhe aus zuvor vorbereiteten Stellungen beschießen konnten. Sodann kam die amerikanische Methode von Flächenbombardements zum Zuge. Grosny wurde in ein Ruinenfeld verwandelt, ein Großteil der friedlichen Bevölkerung kam um, vor allem Russen. Tschetschenien wurde nun doch noch zu einem zweiten Kuweit: Gemessen an den Opfern und Zerstörungen stand der „Gebirgssturm“ dem „Wüstensturm“ um nichts nach. Nur die Separatistenführer blieben aus unerfindlichen Gründen heil und unversehrt. In der Tat genügte eine Andeutung Dudajews darüber,

dass er nichts gegen die Wiederherstellung der UdSSR einzuwenden hätte, wenn Tschetschenien darin den Status einer Unionsrepublik bekäme, und schon war der rebellische General spurlos verschwunden. Seinen Platz nahmen andere ein, die schon nicht mehr die sowjetische Uniform trugen - Ideologen einer „nationalen Wiedergeburt“. 1996 wurden die Separatisten in die Berge vertrieben und waren ihrer völligen Niederlage nah. Da griffen sie zur Waffe derer, die dem Untergang geweiht sind, zum Terror. Die Rebellen schritten zu einer gerade im Kaukasus unerhörten Aktion: Sie eroberten in der Stadt Budjonnowsk die Geburtsabteilung eines Krankenhauses und nahmen Ärzte, Wöchnerinnen und Neugeborene als Geiseln. Es verwundert kaum, dass sie ihr Hauptziel erreichten: Die Regierung trat daraufhin mit ihnen in Verhandlung. „Demokratische“ Massenmedien in Moskau begannen die Grausamkeit des Krieges in Gänze zu enthüllen. Als Schuldige kamen bei ihnen natürlich nicht Jelzin und seine Umgebung infrage, sondern allein die Militärs. Die „Demokraten“ hielten die Armee immer noch nicht für ihre eigene, sondern sahen in ihr noch einen potentiellen Bündnispartner der Linken, weshalb sie nach maximaler Schwächung und Diskreditierung der Armee trachteten. Die Separatisten blieben ihnen auch nichts schuldig: Bei den russischen Wahlen 1996 vergaßen sie ihre Souveränität und forderten unter Androhung von Rache dazu auf, Jelzin zu wählen.

Nachdem das Jelzin-Regime seine Positionen konsolidiert hatte, versuchte es, sich aus dem Krieg in Tschetschenien herauszuwinden und die Separatisten für ihre Unterstützung auszuzeichnen, indem mit ihnen ein Friedensabkommen geschlossen wurde. Die Föderationstruppen wurden aus Tschetschenien abgezogen. Es fanden „freie“ Wahlen statt, bei denen natürlich der Separatistenführer siegte. Bundesmittel zur „Wiederherstellung des Zerstörten“ wurden nach Tschetschenien gelenkt, das sich für absolut unabhängig hielt. In Wirklichkeit wurde die „Offshore-Zone“ wiederhergestellt und erweitert, über die sowohl diese Mittel, als auch andere Kapitalien in unbekannter Richtung abflossen.

Sowohl hinsichtlich seiner Dimensionen, als auch seiner Existenzbedingungen, hinsichtlich der Form der „Macht“ und der Beziehungen zum Zentrum erinnerte dieser „Nationalstaat“ eher an südafrikanische Bantu-Staaten. Für Tschetschenien war die Rolle eines Reservoirs für billige Arbeitskräfte und Kanonenfutter vorgesehen, eines Umschlagpunktes nicht nur für Erdöl, sondern auch für den Drogen- und Waffenhandel, eines Instabilitätsherdens, den man, sobald man ihn benötigt, wieder anfachen konnte. Obwohl niemand die Unabhängigkeit „Itschkarijas“ anerkannt hatte, zog es das Interesse reaktionärster Kreise der Türkei, Saudi-Arabiens, Pakistans und der afghanischen Taliban auf sich, die alle mit der ältesten fundamentalistischen Strömung des Islam zusammenhängen, dem Wahhabismus.

Im August 1999 drangen Rebellengruppen aus Tschetschenien in Dagestan ein. Sie rechneten mit der Unterstützung der dortigen Wahhabiten, die schon einige Jahre zuvor in einigen Auls das Regime einer „Islamischen Republik“ eingeführt hatten. Die erneute Kaukasus-Krise löste in Russland einen Regierungswechsel aus. Premierminister wurde Wladimir Putin. Bald darauf schon erklärte ihn Jelzin zu seinem Nachfolger. Putin trat für die entschiedene Zerschlagung der Rebellen ein und fand hierzu Unterstützung nicht nur in der Duma, sondern auch in der Bevölkerung. In einem anderen Land hätte man vielleicht den ehemaligen Chef eines Geheimdienstes befragt, wie es den Rebellen möglich war, alle so plötzlich zu überraschen. Doch in Russland ist das Volk seit Jahrhunderten daran gewöhnt, nicht lange zu fragen, wenn die Heimat

angegriffen wird, sondern zu kämpfen. Dabei griff die Illusion um sich, vor allem auch unter den Militärs, dass die erniedrigende Aufgabe von Positionen endlich aufhöre und auch die Obrigkeit das Land zu verteidigen beginne. Den Ersten Tschetschenischen Krieg hatte übrigens die KPRF noch als von beiden Seiten ungerechten Krieg charakterisiert, jetzt aber war von ihr nichts Deutliches mehr zu vernehmen, und die Oppositionspresse unterstützte alle Regierungsaktionen.

Die Rebellen bekamen keine Unterstützung in Dagestan. Im Gegenteil, das Volk griff zu den Waffen und erteilte ihnen eine Abfuhr. Selbst die Wahhabiten schlossen sich ihnen nicht an. Die Führer der nordkaukasischen Republiken versuchten eine Ausweitung des Krieges zu verhindern und die Entwaffnung der Extremisten auf friedlichem Wege zu leisten.

Doch plötzlich kam es zu Bombenexplosionen in Wohnhäusern in Moskau und Wolgodonsk. Früher explodierten Bomben nur im fernen Kaukasus, nun aber spürte der Moskauer Normalbürger erstmals einen Hauch von Krieg vor seiner Türschwelle. Niemand, weder in der Duma, noch außerhalb von ihr, weder jetzt oder früher, stellte allerdings dem FSB Fragen. In Moskau wurden Zettel mit Aufnahmen von Personen „kaukasischer Nationalität“ aus dem Fotoautomaten an die Hauswände geklebt, die - vor jeglicher gerichtlichen Beweisaufnahme – bereits für schuld an den Explosionen befand. Der Kreml konnte im Kaukasus ungehindert zur Gewalt greifen. Alle Verhandlungsabsichten wurden durch einen einzigen Einwand zunichte gemacht: „Was kann es für Verhandlungen mit Terroristen und Mördern friedlicher Bürger geben?“

Die Auls, in denen sich die Wahhabiten verschanzt hatten, wurden gestürmt. Daraufhin brach der Zweite Tschetschenien-Krieg aus. Wieder wurde Grosny bombardiert, wieder wurde es im Sturm genommen. Allerdings wurde jetzt nicht mehr so stümperhaft vorgegangen wie beim ersten Mal. Die Hauptsache war, dass sich das Verhältnis der Bevölkerung zum Krieg gewandelt hatte. Die Obrigkeit konnte erneut auf eine Jahrhunderte alte Einstellung des Volkes zurückgreifen: Einen Feind, der die Grenzen Russlands angreift, gilt es in seiner Höhle erwischen. Der Sturm der Entrüstung, der im Westen angesichts der Ereignisse im Kaukasus erhoben wurde, verstärkte nach der Bombardierung Serbiens nur noch den Eindruck einer Aggression, die man um jeden Preis stoppen müsse. Außerdem fürchtete sich die neue Bourgeoisie nicht mehr vor der Macht, sondern war bestrebt, sich um sie herum zusammenzuschließen. Daher verstummten die Vorwürfe seitens der russischen Rechten zu den Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, zogen sie die Armee nicht mehr in den Schmutz, sondern stellten sich selbst, im Gegenteil, als die allergrößten Patrioten dar. Nach der Zerschlagung der wichtigsten Rebellenformationen ging die Mehrheit der tschetschenischen Bourgeoisie und Bürokratie auf einen Kompromiss mit dem Kreml ein. Wie auch ihre russischen Kollegen zogen sie der Banditenwillkür doch eine starke Macht vor, die in der Lage war, die Grundbedingungen für eine stabile Ausbeutung der Werkstätigen abzusichern. Das Zentrum ernannte den früheren Mufti Achmat Kadyrow zum Oberhaupt der Republik, der noch in jüngster Vergangenheit ein naher Kollege von Dudajew im Kampf gegen Russland gewesen war.

Den Rebellen blieb wiederum nichts anderes als Terror übrig. Diesmal halfen ihnen jedoch weder Flugzeugexplosionen, noch die Geiselnahme im Moskauer Theater „Nord-Ost“, und auch nicht der Mord an Kadyrow, dessen Macht sein Sohn Ramsan erbe. Die schrecklichste Terroraktion war die Geiselnahme von Hunderten Schülern und Lehrern im ossetischen Beslan im September 2005. Verhandlungen mit Terroristen hatte

der Kreml kategorisch abgelehnt, dafür bekamen Spezialeinheiten den Befehl, die Rebellen um jeden Preis zu vernichten, ohne Rücksicht auf Opfer. Die russische und internationale Öffentlichkeit hat solche Methoden im Kampf gegen den Terrorismus verurteilt, doch noch größere Abscheu erregten die Verbrechen der Rebellen gegen friedfertige Bürger. Die Separatisten erwiesen sich als fast völlig isoliert. In den letzten Jahren gelangen ihnen nur noch vereinzelt Terrorakte, vor allem gegen Kräfte des tschetschenischen Innenministerium.

Man sollte meinen, die Messe der Separatisten sei gesungen. Doch ist noch fraglich, wie loyal sich die heutigen tschetschenischen Machthaber dem Föderationszentrum gegenüber verhalten. Liegt doch auf ihrem Eigentum und ihrer Macht ein unübersehbarer Abdruck des Verbrechens. Niemand zeigte sich bislang verantwortlich für die Verdrängung und Ausrottung von Nicht-Tschetschenen. Solange das Zentrum stark ist, kann es die neue tschetschenische Oligarchie zu seinen Zwecken ausnutzen, doch kann auch diese den Deal mit ihm zur Konsolidierung der eigenen Positionen gebrauchen. Im Fall der Fälle würden die politischen Chamäleons auch noch ein weiteres Mal ihre Farbe wechseln.<sup>4</sup>

---

Wie viel Blut müssen die Völker noch vergießen, deren Schicksale vom „Instabilitätsbogen“ versengt sind, bevor sie verstehen, dass nicht ihre Nachbarn ihre Feinde sind, die nur eine andere Sprache sprechen oder einem anderen Glauben anhängen, und dass ihre Rettung keineswegs in der illusorischen „Unabhängigkeit“ von den Armen und Unglücklichen liegt? Diejenigen nämlich, die sich noch nicht gänzlich durch die Fata Morgana des Nationalismus blenden ließen, können sich nicht einmal mit der Hoffnung trösten, letzten Endes, und sei es auch auf kriminelle Weise, doch noch den heiß ersehnten Nationalstaat zusammenzuzimmern.

Das moderne transnationale Kapital ist am Erhalt einer strengen Kontrolle über alle Länder des strategisch wichtigen Gürtels interessiert. Und dafür benötigt es die Möglichkeit, bald die Separatisten vor der Zentralmacht zu beschützen, bald die Zentralmacht vor den Separatisten. Daraus resultiert, dass immer gerade in dem Moment, als die russischen Truppen in Tschetschenien, die irakischen in Kurdistan, die serbischen in Bosnien drohten, den Kriegsverlauf zu ihren Gunsten zu wenden, ein Aufschrei aus dem Westen erklang, und wenn der nicht genügte – ein Bombardement erfolgte. Aus eben diesem Grund auch fordert der Westen keineswegs die Schaffung eines Nationalstaates eben für jene Kurden, obwohl es sich dabei um ein Volk von vielen Millionen Menschen handelt, das schon seit Jahrhunderten geteilt und unterdrückt wurde und schon lange dafür kämpft.

Heutzutage widerspricht im Programm der Schaffung von „kapitalistischen Nationalstaaten“ die erste Komponente der zweiten. Gänzlich utopisch ist das unter den Bedingungen des Kaukasus, wo keine einzige Völkerschaft ein zusammenhängendes Gebiet besiedelt. Sogar die baltischen Republiken, die über ihre eigenen Wirtschaftskomplexe und gewisse Traditionen einer Staatlichkeit verfügen, führte der Weg der „Selbstbestimmung“ in die klägliche Rolle von Vermittlern, die russische

---

<sup>4</sup> Die letzte zweifellos viel versprechende Neuigkeit vom 17.10.2008: In Tschetschenien wurde eine Internationale Islam-Konferenz abgehalten und eine Moschee namens A.Kadyrow eingeweiht, die größte in Europa.

Rohstoffe an den Westen weiterverkaufen und inzwischen 30-40 % ihrer Bevölkerung einer Diskriminierung vom Typ der Apartheid unterziehen.

Nichts enthüllt die Heuchelei der Propagandisten des „Selbstbestimmungsrechts Tschetscheniens“ mehr als der doppelte Standard, die sie an die Bevölkerungen des „Instabilitätsbogens“ anlegen. Die Unabhängigkeit wird für diejenigen gefordert, die weder über territoriale oder demographische, noch ökonomische Bedingungen für eine wie auch immer geartete Selbständigkeit verfügen: für Bosnien und Eritrea, Tschetschenien, Kaschmir und Tibet. Kommt jedoch die Rede auf die Kurden, will der Westen auch nicht mal andeutungsweise etwas von einem Selbstbestimmungsrecht wissen. Völker der UdSSR, die eine dreizehnjährige Deportationsgeschichte durchmachen mussten, werden als Repressierte bezeichnet, niemand aber bezeichnet so die Armenier, Syrer, Griechen, Georgier, die von türkischen Nationalchauvinisten nicht nur einer Deportation unterzogen wurden, die nun schon 80 Jahre lang andauert, sondern auch der Massenvernichtung. „Zivilisierte“ Länder der NATO unterhalten in aller Ruhe Militärbasen in Gebieten, die von der Türkei durch einen Genozid erworben wurden, und verteidigen bewaffnet die Grenzen von Bosnien und Herzegowina, die als Erbe eines osmanischen Paschalyks übernommen wurden. Wenig hört man von Protesten anlässlich der Versuche einer „Endlösung“ der Serbenfrage in Kroatien, der Abchasen- und Ossetenfrage in Georgien.

Es handelt sich dabei nicht um zufällige Ausblendungen und auch nicht einmal nur um egoistische Privatinteressen. Es handelt sich darum, dass der Kapitalismus nicht daran interessiert ist, die Geschwüre des „Instabilitätsbogens“ zu kurieren, und selbst wenn er es wäre, es nicht leisten könnte, ohne sich selbst aufzugeben. Hier ist keine „Selbstbestimmung der Nation“ in ihrem traditionellen Verständnis vonnöten, die von den bürgerlichen Revolutionen tradiert wurde, sondern eine „Selbstbestimmung“ von Vielvölkerstaaten, die Wiederherstellung alter und Bildung neuer Föderationen und Konföderationen. **Eine fortgesetzte „Selbstbestimmung der Nationen“ hingegen, ähnlich der von Tschetschenien, birgt die Gefahr des Zusammenbruchs solcher großer Staaten in sich, wie Russland, Indien oder China. Das aber würde die Verwandlung von Eurasien in ein gigantisches Afghanistan bedeuten, das in Einflusssphären von Warlords aufgeteilt wäre, das immer neue Fronten ohne Hinterland eröffnen würde, ein Paradies für den Drogenhandel und ähnliche Mafia-Organisationen, eine Hölle für die Völker.**

Je schneller die Linken aufhören, ihre Stimmen dem Chor der Verkünder einer eingebildeten Unabhängigkeit zu leihen, desto größere Chancen gewinnt die Menschheit, um einer derartigen Perspektive zu entkommen.

*(unveröffentlichtes Manuskript, übersetzt v. Gudrun Havemann, 2008)*